'K'BW-Führer: **Mit 'linken' Phrasen im Interesse des Sozialimperialismus** Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 17. Mai 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Nieder mit der NATO! Nieder mit dem Warschauer Pakt!

Als vor 20 Jahren, am 9. Mai 1955, die Bundesrepublik Mitglied der Nato wurde, als sich am 14. Mai, gegen diese offene Kriegsdrohung durch das aggressive Militärbündnis unter dem Kommando des US-Imperialismus, der Warschauer Pakt gründete, lebten viele Menschen in der Angst vor einem neuen Krieg. Es waren die Propagandamaschinerien des US-Imperialismus, die in ihrem Haß auf das damals sozialistische Lager, die in ihrer Gier nach der Weltherrschaft unermüdlich das Märchen vom „Angriff aus dem Osten" verbreiteten, um ihren eigenen Kriegsvorbereitungen den Anstrich von „Verteidigungsanstrengungen" geben zu können.

Heute ist das Beil des „kalten Krieges" zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt längst begraben worden. Heute ist „Entspannung", „Friedensanstrengung" und „Abrüstung" Trumpf. Aber Vorsicht! Der Frieden in Europa ist nicht sicherer geworden. Im Gegenteil, die Gefahr, daß Europa das Schlachtfeld eines neuen imperialistischen Weltkrieges wird, ist größer denn je.

Die größte Gefahr für Europa, für Deutschland, droht heute von einer Seite, von der sie vor allem diejenigen, die in den fünfziger Jahren gegen die antisowjetische Hetze der US-Imperialisten und ihrer Bonner Komplizen gekämpft haben, nicht erwarten. Die größte Gefahr droht heute von der angeblich so friedliebenden, von der angeblich sozialistischen Sowjetunion. **Der Warschauer Pakt, gegründet als ein Verteidigungspakt, dem die Volksstreitkräfte der Länder des sozialistischen Lagers angehörten, ist heute ein aggressives Militärbündnis, das die sowjetischen Sozialimperialisten als ihr Werkzeug zur Unterdrückung der Länder des Warschauer Pakts einsetzen und als Werkzeug zur Erringung der Weltherrschaft im Kampf mit dem US-Imperialismus.** Nicht umsonst ist Albanien, einst Gründungsmitglied des Warschauer Paktes, heute ein energischer Gegner dieses Militärbündnisses wie auch der „Unsicherheitskonferenz" in Genf. Denn für ein sozialistisches Land, für jedes Volk, das seine Freiheit und seine Unabhängigkeit liebt, kann es angesichts eines Militärpaktes, der im Namen von „Frieden und Sozialismus' andere Völker überfällt wie 1968 die CSSR, der überall versucht, neue Stützpunkte für seine Streitkräfte zu finden, der, wie in seinem letzten Manöver, immer wieder seine Streitkräfte den Angriff auf Westeuropa proben läßt, nur eines geben: entschlossenen Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr,



Roter 1. Mai 75 in Westberlin

entschlossene Vorbereitung für die Verteidigung der Heimat gegen den Aggressor.

Alle Maßnahmen, die die sowjetischen Sozialimperialisten treffen, zeigen, daß sich ihre Kriegsvorbereitungen auf einen Angriff auf Westeuropa konzentrieren. Von den 167 Divisionen der sowjetischen Streitkräfte stehen 30 in Ländern des Warschauer Paktes. Von diesen 30 wiederum stehen 2 in Polen, 5 in der CSSR, 3 in Ungarn und 20 auf deutschem Boden, in der DDR. Während sich die Aktivitäten der sowjetischen Marine auf die nordeuropäischen Gewässer konzentrieren, verstärkt sie gleichzeitig ihre Anstrengungen, in südeuropäische Länder, wie z. B. Portugal, einzudringen.

Die US-Imperialisten ihrerseits denken natürlich nicht daran, diesen Kriegsvorbereitungen der sowjetischen Sozialimperialisten, tatenlos zuzusehen. Sie haben ihrerseits ihre Truppen in Westdeutschland verstärkt. Sie haben in letzter Zeit öfter durch verschiedene Politiker erklären lassen, die USA müßten ihre „Verteidigungsanstrengungen" auf Europa konzentrieren.

Sollen wir zusehen, wie die imperialistischen Großmächte dem zweiten Weltkrieg einen dritten, noch schrecklicheren Raubkrieg folgen lassen? Nein! Für das deutsche Volk gibt es nur den einen Weg, sich mit den anderen Völkern Europas und der ganzen Welt zusammenzuschließen gegen die Hauptkriegstreiber, die beiden imperialistischen Supermächte. (Siehe auch Seite 5).

Trotz Friedensheuchelei der D'K'P am 8. Mai

Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte wächst

Zum 8. Mai haben die modernen Revisionisten der D„K"P gemeinsam mit anderen revisionistischen Organisationen eine riesige, von den sowjetischen Sozialimperialisten gesteuerte Propagandakampagne entfacht. Sie haben Abrüstungs-, Friedens- und Entspannungsparolen verbreitet und alle Anstrengungen unternommen, um die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte, die sowjetischen Sozialimperialisten und die USA-Imperialisten zu vertuschen, und den Neuen Zaren im Kreml, den Hauptkriegstreibern in Europa, den Mantel einer Friedensmacht umzuhängen. Höhepunkt dieser Kampagne war eine große Demonstration der modernen Revisionisten am 10. Mai in Frankfurt, an der sich mehrere zehntausend Menschen beteiligten. Genossen der Partei haben während dieser Demonstration Tausende von Extrablättern mit der Erklärung des ZK unserer Partei zum 8. Mai verteilt. So wie in Frankfurt ist in zahlreichen Städten auf Kundgebungen und Versammlungen der Kampf gegen die Friedensheuchelei der modernen Revisionisten der D„K"P, dieser 5. Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten, geführt worden. In vielen Städten wurden darüber hinaus von der Partei Veranstaltungen und Gedenkfeiern organisiert. In Kassel z. B. hielten Genossen am antifaschistischen Mahnmal eine Feier ab. In Westberlin führte die Partei am 8. Mai eine Großveranstaltung durch, über die wir auf Seite 8 berichten.

Zur Landtagswahl in NRW

Friedrich Engels hat uns gelehrt, wie wir als Kommunisten an die bürgerlichen Parlamentswahlen herangehen müssen, daß sie vor allem als Gradmesser für die Reife der Arbeiterklasse zu betrachten sind. Unter diesem Gesichtspunkt sind für uns vor allem die Stimmen interessant, die die Partei bekommen hat im Verhältnis zu denen, die die modernen Revisionisten von der D„K"P und die GRF erhalten haben, aber auch die Höhe der Wahlbeteiligung und die Anzahl der ungültigen Stimmen.

Die Partei hat in den 19 Wahlkreisen, in denen sie kandidiert hat, insgesamt 1 735 Stimmen erhalten (D„K"P: 6 331; GRF: 2 336 in 17 Wahlkreisen). Im Verhältnis zu den Freunden und Sympathisanten, auf die sich die Partei bisher in den Städten Dortmund, Bochum, Duisburg und Köln (wobei in Köln nur in zwei Wahlkreisen kandidiert wurde) stützen konnte, ist diese Zahl hoch. Sie ist es vor allem deshalb, weil man davon ausgehen kann, daß die Menschen, die die KPD/ML gewählt haben, damit einen bewußten Trennungsstrich zum modernen Revisionismus gezogen haben, daß sie bewußt die Partei gewählt haben, die für die gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates kämpft. **Dieses Interesse an einer Partei, die klipp und klar gegen einen angeblich friedlichen Weg zum Sozialismus Stellung bezieht, die einen kompromißlosen Kampf gegen den Sozialfaschismus in der DDR und in der Sowjetunion führt, zeigte sich unter anderem auf den Veranstaltungen der KPD/ML zur Wahl, die auf Grund der Propaganda der Partei insgesamt von rund 1 700 Menschen besucht wurden, darunter sicherlich 500-600, die zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der Partei waren.** Diese Zahlen, aber auch die Anzahl von Menschen, die den Wahlkampf der Partei aktiv unterstützt haben, zeigen, daß der Großteil der Stimmen, die die Partei erhielt, bewußte Stimmen für die KPD/ML waren. (Zum Vergleich: Auf den beiden Veranstaltungen der GRF waren rund 700 Menschen).

Die Bedeutung der Arbeit der Partei zeigt sich aber nicht allein an diesen Stimmen am Wahltag. Sie äußert sich auch darin, daß in den Wahlkreisen, wo die Partei kandidierte, die Stimmenverluste der D„K"P im Durchschnitt noch gravierender waren als in den anderen Wahlkreisen (durchschnittlicher Stimmverlust der D„K"P in ganz NRW 0,35%, Stimmverlust in den Wahlkreisen, wo auch die Partei zur Wahl stand 0,66%).

Es mag für einige Freunde der Partei überraschend gewesen sein, daß die GRF

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Noch mehr sowjetisches Uran? Gefährliches Angebot aus Moskau . . . 2
Beileidstelegramm zum Tode von Genossen Alvarez del Vayo 2
3 Monate Kurzarbeit für Krupp-Arbeiter 3
Betriebsratswahlen bei Opel Bochum 3
Erklärung der Regierung der VR China vom 29. 4. 1975 4
Spanien: FRAP befreit gefangene Genossin 4
Linke Phrasen im Interesse des sowjetischen Sozialimperialismus . . . 5
Karin Wagner freigesprochen 6
RAF-Prozeß: Infame Hetze gegen revolutionäre Gewalt 6
Aufruf des ZK der KP Brasiliens . . . 7
Sie fürchten die internationale internationale Solidarität 7
Lügenkampagne der Imperialisten über den siegreichen Kampf der Völker Indochinas 7

Zur Landtagswahl in NRW

Fortsetzung von Seite 1

im Vergleich zur Partei bei den Landtagswahlen zwischen 100 (Bochum) und 500 (Dortmund) Stimmen mehr erhalten hat als die Partei. Diese relativ hohe Stimmenzahl für die GRF hat mehrere Gründe. Einmal muß man davon ausgehen, daß die GRF wie die Partei aufgrund ihrer bisherigen Arbeit einen bestimmten festen Kreis von Menschen hat, den sie mit ihrer Politik beeinflussen konnte. Der Stimmenvorsprung, den die GRF erhielt, erklärt sich aber aus einem anderen Grund. Es gab bei der Wahl eine Reihe von Menschen, die kommunistisch wählen wollten, mit der D„K"P vor allem wegen ihrer Propaganda für die Sowjetunion nicht einverstanden sind, sich aber mit dem Charakter derjenigen Organisationen, die sich im Gegensatz zur D„K"P „wahrhaft marxistisch-leninistisch" nennen, nicht weiter beschäftigt haben. Von diesen Menschen werden mit Sicherheit die meisten „KPD" gewählt haben. Hier trägt das Kalkül der Führer der GRF Früchte, die sich bewußt den Namen KPD zugelegt haben, weil sie eben darauf spekulieren, daß viele Menschen „kommunistisch" weiterhin mit „KPD" verbinden, weil sie die revisionistische Entartung der KPD noch nicht richtig verstanden haben und deshalb auch nicht wissen, daß sich die im Kampf gegen den modernen Revisionismus neu gegründeten kommunistischen Parteien in bewußter Abgrenzung zum modernen Revisionismus „Kommunistische Partei . . ./ Marxisten-Leninisten" nennen. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt bei diesen Menschen auch, daß die GRF in der bürgerlichen Propaganda bewußt als die „maoistische Partei" hochgespielt wird, während die Partei im allgemeinen totgeschwiegen wird.

Alle diese Überlegungen erklären wohlgemerkt nicht, daß die GRF überhaupt Stimmen erhalten hat, aber sie erklären, warum sie mehr Stimmen erhalten hat als die Partei. Dies anzumerken erscheint deshalb wichtig, weil die Zahlenmanipulationen, wie sie die GRF nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in der „Roten Fahne" betrieben hat, nichts mit dem ernsthaften Bemühen von Kommunisten, Schlüsse aus den Wahlergebnissen zu ziehen, zu tun hat, wohl aber mit bürgerlichem Konkurrenzdenken, mit dem Bemühen, wenn schon nicht gegenüber dem Gesamtergebnis, dann wenigstens gegenüber der Partei die „Massenpartei" herauszuputzen. Dazu gehört zum Beispiel, daß man die Zahlen für beide Organisationen da nennt, wo es einem günstig erscheint (Dortmund) und da verschweigt, wo es weniger günstig aussieht (Bochum). Dazu gehört, daß man die eigenen Stimmen auf-, die der anderen Organisation abrundet (Dortmund). Dazu gehört auch, daß man sich in dunklen Andeutungen ergeht, wie „daß der Vorsitzende der KPD/ML, Ernst Aust, in seinem Duisburger Wahlkreis unserem Parteigenossen Könning (Mannesmann-Arbeiter) unterlag, ist kein Zufall." Der Charakter dieser Andeutung entlarvt sich allein dadurch, daß nicht nur Genosse Ernst dem Kandidaten der D„K"P unterlagen.

Die Milchmädchenrechnung, mit der die GRF-Führer über erhaltene Stimmen bei der Landtagswahl offenbar beweisen wollen, daß sie eine marxistisch-leninistische Partei sind und die Partei nicht, ist die gleiche, mit der sie immer wieder anhand der Wahlergebnisse „beweisen", daß nicht die D„K"P, sondern die SPD der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung ist. Folglich also nicht die Avantgarde im Kampf gegen den modernen Revisionismus für den Kommunismus gewonnen werden muß, sondern im Wettstreit mit der D„K"P der SPD die „sozialdemokratischen Massen" entrissen werden müssen. **Ein Bilderbuchbeispiel für diese Politik, die absolut nichts mit dem prinzipienfesten Kampf für die sozialistische Revolution zu tun hat, ist die Tatsache, daß die GRF in Duisburg die Bezeichnung „KPD" aus ihren Wahlplakaten ausschnitt und auf die Plakate der D„K"P klebte.** Angesichts dieser Politik ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die GRF-Führer mit großer Erleichterung auf die Stimmenverluste der D„K"P stürzen, um mit ihnen zu beweisen, daß „die DKP bestenfalls der SPD neue Wähler verschafft . . ."

Eine solche Einschätzung der Stimmverluste der D„K"P, die davon ausgeht, daß sie als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung, aber auch als Agentur der neuen Zaren im Kreml faktisch bedeutungslos ist, ist sicherlich falsch. Dazu genügt ein Blick auf die Funktionen, die die modernen Revisionisten im DGB-Apparat besitzen, dazu genügt ein Blick auf die Stärke der Demonstrationen, zu denen die modernen Revisionisten oder ihre Tarnorganisationen aufrufen.

Warum haben die modernen Revisionisten teilweise 50% und mehr Stimmen verloren? In einer ihrer Betriebszeitungen hat die D„K"P geschrieben: „ . . . Und wenn schon über die Ursachen diskutiert wird, dann ist doch wohl die Konsequenz, daß man der Opel-Krupp-SWB-Strauß-Dregger-Kohl-Bande das Handwerk legen muß. Und das kann man auch mit dem Stimmzettel." Wer ernsthaft glaubt, daß das Schicksal der Bundesrepublik davon abhängt, ob das „Rechtskartell" die Wahl gewinnt oder nicht, der wird sich natürlich auch überlegen, daß er „der Tendenzwende" am besten dadurch entgegenwirkt, daß er nicht D„K"P, sondern SPD wählt. Illusionen über die Bedeutung des Stimmzettels, über den Parlamentarismus und der Einfluß der revisionistischen Theorie vom Rechtskartell, vom „vernünftigen" und „unvernünftigen" Teil der Bourgeoisie sind also **ein** Grund für die D„K"P-Stimmenverluste.

Der andere Grund ist zweifellos der, daß immer mehr Menschen sich fragen, ob sie für eine Partei sein können, die die faschistischen Diktaturen des Warschauer Pakts als ihr „sozialistisches Ideal" propagiert. Nicht umsonst hat die D„K"P die Frage der Sowjetunion bewußt aus ihrem Wahlkampf ausgeklammert. In keinem einzigen ihrer Betriebszeitungsartikel zur Wahl oder in ihren Kandidatenbriefen ist von der Sowjetunion die Rede.

Schließlich und nicht zuletzt – wie die Wahlergebnisse zeigen – spielt der Kampf der Partei gegen die modernen Revisionisten der D„K"P eine wichtige Rolle für die Stimmverluste der D„K"P. Nicht umsonst präsentierte die D„K"P während des Wahlkampfes in zwei Städten D„K"P-Mitglieder (in Bochum sogar als Kandidaten), die als ehemalige Anhänger bzw. Mitglieder der KPD/ML „authentisch" die D„K"P-Hetzlügen über die Partei bezeugen sollten; nicht umsonst ging die D„K"P in ihrem Haß gegen die marxistisch-leninistische Propaganda der Partei so weit, einen Mordanschlag auf einen Genossen in Bochum zu verüben.

Allerdings gibt die Partei sich im Gegensatz zu den GRF-Führern keinerlei Illusionen hin, daß die D„K"P nach wie vor der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung ist, dessen politische und ideologische Isolierung die Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution ist.

Genauso wenig wie Illusionen über den modernen Revisionismus am Platze sind, genauso wenig kann man die Augen verschließen vor dem Einfluß des Parlamentarismus auf die Werktätigen. Die diesjährigen Landtagswahlen in NRW haben mit 86,2% eine Wahlbeteiligung, die die höchste seit Bestehen der Bundesrepublik ist. Das zeigt, daß die Bourgeoisie in der Krise vor allem mit ihrer Propaganda vom Rechtskartell in der Lage ist, einen erheblichen Teil der Bevölkerung für die Wahlen zu mobilisieren. **Das zeigt, daß alle Illusionsmacherei a la GRF über den Masseneinfluß, den man als marxistisch-leninistische Partei heute erlangen kann, nicht nur falsch, sondern äußerst schädlich und hemmend ist für den weiteren Weg zur sozialistischen Revolution in unserem Land.**

Nach wie vor ist die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei heute die Gewinnung der Avantgarde für den Kommunismus. Nach wie vor trifft heute für Westdeutschland die Situation zu, die Genosse Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens charakterisiert hat: **„Die Situation ist derartig, daß die praktische Bewegung der Massen nach wie vor vorwärtsschreitet, während der subjektive Faktor, ihr Bewußtsein, ihre Organisiertheit und Leitung in vielen Ländern zurückgeblieben ist und den Aufgaben der Zeit nicht entspricht."**

Dem Ziel, diese Situation zu verändern, zu verbessern, diente der Wahlkampf der Partei in NRW. Betrachtet man die Ergebnisse, muß man sagen, daß er seinen Zweck erfüllt hat. Hunderte von neuen Kontakten wurden geknüpft und neue Sympathisanten gewonnen. Sie fester um die Partei zusammenzuschliessen, wird die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein.



Genosse Alvarez del Vayo

Präsidium der KPD/ML

An den zentralen Vorstand der
FRAP
in Spanien

Liebe Genossen,

vor einem Jahr noch war er zu Gast bei uns. In Gelsenkirchen begeisterte er die spanischen und deutschen Freunde und Revolutionäre am 43. Jahrestag der Errichtung der Ersten Spanischen Republik. Keiner von uns dachte daran, am wenigsten er selbst, daß er bereits ein Jahr später – er wollte am 18. Mai in Frankfurt für die Freiheit der eingekerkerten spanischen Revolutionäre sprechen – nicht mehr da sein sollte.

Julio Alvarez del Vayo, der großartige revolutionäre Kämpfer des spanischen Volkes, ehemaliger Außenminister der Ersten Spanischen Republik, Präsident der FRAP, ging am 3. Mai 1975 von uns.

Im Namen der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin und ihrer Partei spricht das Präsidium der KPD/ML dem spanischen Volk und seiner Revolutionären, Antifaschistischen, Patriotischen Front seine herzliche Anteilnahme aus.

Mit dem Genossen Alvarez, der Rosa Luxemburg, Lenin und Mao Tsetung persönlich kannte, ist ein großer Freund der Völker der Welt von uns gegangen. Ein Kämpfer, erfüllt vom Geist der Interbrigaden, der sich bereits dem Verrat am republikanischen Kampf der dreißiger Jahre entgegenstellte und fortan in der Front gegen Opportunismus und Revisionismus stand.

Wenn wir gemeinsam mit dem spanischen Volk um den Genossen Alvarez trauern, so wissen wir: Er wird im spanischen Volk weiterleben, wird es beflügeln auf seinem unaufhaltsamen Wege zum Volkskrieg für die Föderative Spanische Volksrepublik.

Mit brüderlichen revolutionären Kampfesgrüßen
im Auftrage Ernst Aust

Noch mehr sowjetisches Uran?

Gefährliches Angebot aus Moskau

In Düsseldorf hat der Vizepräsident des sowjetischen Außenhandelsunternehmens Techsnabexport, Andrejew, angeboten, daß die Sowjetunion künftig in noch größerem Maßstab angereichertes Uran nach Westdeutschland liefere. Das Angebot zielt darauf ab, daß der westdeutsche Energiemarkt noch mehr in die Hände der sowjetischen Sozialimperialisten fällt.

Bereits im Rahmen der bisher abgeschlossenen Verträge beherrschen die sowjetischen Sozialimperialisten den westdeutschen Uranmarkt zu 15%. Diese Verträge laufen bis zum Jahr 2 000 und umfassen die Lieferung von 18 000 Tonnen Urantrenneinheiten für 3,8 Mrd. DM. Oder anders ausgedrückt: gemäß dieser Verträge sind bereits sechs Kernkraftwerke abhängig von sowjetischer Urananreicherung! Die bisherige Entwicklung aber zeigt schon jetzt, daß es bei Lieferungen im Wert von 3,8 Mrd. DM bis zum Jahr 2 000 nicht bleiben soll. Allein im letzten Jahr wurde schon für 150 Mill. DM angereichertes Uran geliefert und in diesem Jahr soll die Lieferung schon auf 500 Mill. DM aufgestockt werden! Das bringt deutlich den wachsenden Einfluß der sowjetischen Sozialimperialisten auf die westdeutsche Energieversorgung zum Ausdruck.

Es ist klar, daß dieser wachsende Einfluß eine entsprechende Stärkung für die Versuche des sowjetischen Sozialimperialismus bedeutet seine Machtposition in Westeuropa in heftiger Rivalität mit dem US-Imperialismus auszubauen und zu erweitern. Nicht zufällig kommt das sowjetische Angebot, die Lieferungen zu erhöhen, gerade jetzt, wo die US-Imperialisten verschiedentlich angekündigt haben, ihre Uranlieferungen zu beschränken. So nutzen die Kremlführer jede Lücke aus, um dem US-Imperialismus Einfluß- und Machtpositionen abzunehmen. Sie bauen in Westeuropa durch vermehrten wirtschaftlichen Einfluß vor, um damit günstigere Voraussetzungen für die gewaltsame Eroberung und Unterjochung Westeuropas zu schaffen, für ihre faschistische Herrschaft über ganz Europa.

Aber die sowjetischen Sozialimperialisten verfolgen mit ihrem Uranangebot noch ein weiteres Ziel, sie wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Vertreter einer von den Russen bevorzugten Handelsfirma in Düsseldorf erklärte: Die Sowjetunion könne dann unbegrenzt angereichertes Uran an Westdeutschland liefern, wenn die westdeutschen Imperialisten in Kooperation mit den sowjetischen Sozialimperialisten in Sibirien bei den dortigen Natururanvorkommen eine Anreicherungsanlage errichten würden. **Mit westdeutschen Krediten also soll den sowjetischen Sozialimperialisten eine Urananreicherungsanlage gebaut werden, mit der sie dann zum einen die Abhängigkeit des westdeutschen Energiemarktes von der Sowjetunion beträchtlich verstärken können, und mit der sie zum anderen zugleich auch noch mehr Kernmaterial für ihre Atomwaffen produzieren können, die sie gegen Westeuropa richten mit dem Ziel, sich ganz Europa gewaltsam einzuverleiben.** Das entlarvt klar das Geschwätz der Kremlzaren über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, auf die sie im Rahmen der KSZE so drängen und die angeblich so große „Vorteile für alle im Dienste des Friedens" bringen würde, als Lügen einer gefährlichen und aggressiven imperialistischen Supermacht.

Warum aber gehen die westdeutschen Imperialisten überhaupt solche Uranverträge ein? Warum stützen sie sich nicht auf die Energiequellen unseres Landes? Weil sie auf die profitablere Kernenergie nicht verzichten wollen, in der Hoffnung, dadurch ihre eigene Position unter den anderen Imperialisten zu verbessern, mehr Macht und Einfluß zu erhalten. **Sie verkaufen die nationalen Interessen unseres Volkes für sowjetische Rubel ebenso, wie sie sie zuvor für Dollars an den US-Imperialismus verkauft haben. Das zeigt einmal mehr, daß sich unser Volk im Kampf gegen beide Supermächte, im Kampf gegen die Aggressionspläne des sowjetischen Sozialimperialismus, nicht auf die westdeutschen Imperialisten, sondern auf die eigene Kraft stützen muß.**

Kurz berichtet

KIEL

Auf Seite 3 im Roten Morgen Nr. 18 schreibt ihr „drei Rote Betriebsräte gewählt". Im weiteren des Artikels wird auch von Roten Betriebsräten gesprochen. Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit.

Da bei Elac die Kräfte der Partei noch nicht stark genug waren für eine Rote Liste und gleichzeitig die Möglichkeit bestand, auf der IGM-Liste zu kandidieren, wurde keine Rote Liste gemacht, sondern die Genossen auf der IGM-Liste aufgestellt. Zur Wahl selbst wurden dann nicht nur Kommunisten vorgeschlagen zu wählen, sondern auch Kollegen, die im Kampf gegen die IGM stehen, fortschrittlich sind. Diese Kollegen wurden vor der Propagierung um ihr Einverständnis gebeten. Sie fühlen sich weder als Rote Betriebsräte, noch als Sympathisanten der Partei.

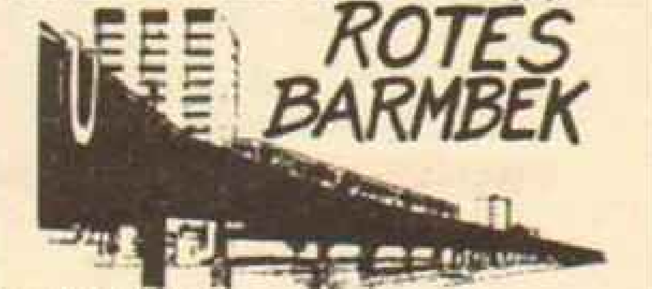
Von daher wird durch euren Artikel ein falscher Eindruck erweckt und er entspricht in diesem Punkt nicht den Tatsachen.

Entscheidend ist wirklich, daß drei kommunistische und fortschrittliche Kollegen gewählt wurden, die mit von der Partei propagiert wurden.

Mit revolutionären Grüßen
Genossen von Elac

HAMBURG

Zum 1. Mai wurde in Hamburg die erste Nummer der Stadtteilzeitung für Barmbeck „Rotes Barmbeck" mit einem Aufruf zum Roten 1. Mai herausgegeben.



FLENSBURG

Ebenfalls zum 1. Mai erschien die erste Ausgabe der Soldatenzeitung der KPD/ML für den Standort Flensburg „Schlag zu"! Im Mittelpunkt des Maiaufrufs steht der Kampf gegen die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten und die Enthüllung der Friedensheuchelei der modernen Revisionisten der D„K"P.



WESTBERLIN

Die Ortsgruppe Westberlin der RHD teilt uns mit, daß die Spendensammlung, über die wir im RM 12/75 in dieser Sparte berichteten und die 800 DM ergab, nicht für die durch den Polizeiterror zerstörten Jugendzentren „Weißbeckerhaus" und „Rauchhaus" bestimmt waren, sondern vielmehr für den zentralen Aufbau der ROTEN HILFE DEUTSCHLAND.

BERICHTIGUNG

Im RM 19/75 ist uns auf Seite 6 in dem Artikel „Oberverwaltungsgericht verbietet Wahlsendung der KPD/ML" ein Lay-out-Fehler unterlaufen. Die erste Zeile der zweiten Spalte muß als erste Zeile der dritten Spalte gelesen werden, so daß es heißt: „Der Anwalt des WDR . . . forderte . . . das Gericht offen dazu auf, die bürgerlichen Gesetze zu brechen, um **die Propaganda der Partei zu unterdrükken."**

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer oben genannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

3 Monate Kurzarbeit für Krupp-Arbeiter

Nur wenige Tage nach der Landtagswahl in NRW, wo sich die bürgerlichen Parteien als Partei des „Aufschwungs", des „Frühlings" und der „Vernunft" anpriesen, hieß es für über 8 000 Arbeiter von Krupp in Höntrop, in Rheinhausen und für die Angestellten in Bochum: Kurzarbeit in den nächsten drei Monaten. 32 Stunden wird nur noch pro Woche gearbeitet. Für die Kollegen bedeutet das bis zu 173 DM Lohn im Monat weniger.

Auch bei Hoesch in Dortmund wurde die Produktion weiter eingeschränkt: Streichung aller Über- und Panzerschichten. Abfeiern der jetzt noch anfallenden Ausgleichsschichten, Umbesetzungen innerhalb des Werkes, verbunden mit Lohneinbußen für die betroffenen Kollegen. In fast allen Anlagen wird nur noch 40 Stunden die Woche gearbeitet. In der Kaltbandstraße FK 1 wird z. Z. nur noch drei Tage gefahren, an den anderen 2 Tagen heißt es saubermachen. In der Siemens-Martin-Abteilung wurde ein Ofen von vieren stillgelegt.

Nicht anders war vorher bei Krupp die Kurzarbeit vorbereitet worden. Jede weitere einschränkende Maßnahme war demagogisch damit durchgesetzt worden, daß es hieß: Kurzarbeit soll verhindert werden. Und jetzt, wo kurzgearbeitet wird, heißt es: damit sollen Entlassungen verhindert werden. Auch bei Hoesch wird versucht, mit zynischer Demagogie die Maßnahmen zur Kurzarbeit zu verbrämen mit unverschämten Sprüchen wie: jetzt sei endlich die 40-Stunden-Woche erreicht, für die man gekämpft habe. Eben das ist die vielgerühmte Mitbestimmung im Montanbereich: daß Betriebsratsbonzen für gute Bezahlung die Maßnahmen der Stahlmonopole gegen die Kollegen umdichten in Maßnahmen zum Schutz gegen Entlassungen, zu Maßnahmen im Interesse der Kollegen, die der Geschäftsleitung abgerungen worden seien. Nichts anderem dient das Geschrei nach Mitbestimmung: die Kollegen sollen das „Recht erkämpfen", aus vollem Herzen „ja" zu Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Teuerung zu sagen. Illusionen sollen sie fesseln an die bourgeoise Propaganda von der Gemeinschaft von Kapitalisten und Arbeitern, von der Klassenzusammenarbeit und -versöhnung.

Besonders im Stahlbereich aber wirft sich eine weitere Frage auf: Wo sind eigentlich die D„K"P-Revisionisten mit ihren großen Tönen geblieben, wie: „Ostverträge sichern Arbeitsplätze?" Immerhin ist doch Moskau schon der zweitgrößte Auftraggeber von Hoesch. Gewiß – für die Stahlmonopole haben diese Verträge große Profite bedeutet, aber für die Kollegen? Trotz wachsender Aufträge bei Krupp im letzten Jahr, wurde die Zahl der beschäftigten Kollegen gesenkt, hieß es für die verbleibenden Kollegen: in Überschichten und Doppelschichten sich abzuschuften, keine Maschine, keine Anlage durfte stillstehen. Und jetzt, wo die Krise im Stahlgeschäft zunimmt, wo die Konkurrenz der Stahlmonopole sich verschärft, wo die Aufträge abnehmen, da heißt es trotzdem für die Kollegen: Kurzarbeit! Da sind sie es wiederum, die die Lasten zu tragen haben.

Krisen im Stahlbereich, kapitalistische Wirtschaftskrisen, die können weder durch Aufträge von den Kremlführern noch durch Aufträge sonstwoher beseitigt werden. Die Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems kann allein durch die Beseitigung des Kapitalismus selbst endgültig gelöst werden. Die Versprechungen der D„K"P-Revisionisten dagegen sind durch die Entwicklung im Stahlbereich genauso entlarvt, wie das Gerede vom „Aufschwung", vom „Frühling", von der „Vernunft" der anderen bürgerlichen Parteien – nur daß die Propaganda der D„K"P-Revisionisten unter dem Deckmantel von „Entspannung und Sozialismus" besonders gefährlich ist, da sie die Kollegen in den Dienst einer aggressiven imperialistischen Supermacht spannen will, in den Dienst des sowjetischen Sozialimperialismus.

Nicht Ostverträge, noch Mitbestimmung können die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter wie aller Kollegen sichern. Sicherheit für die Arbeiterklasse gibt und wird es im Kapitalismus nicht geben. Zugeständnisse des Kapitals aber können nur errungen werden im revolutionären Klassenkampf, gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung. Das aber heißt zugleich, den Kampf zu führen gegen die Illusionen, die die Bourgeoisie samt ihrem Gewerkschaftsapparat und den modernen Revisionisten über die Mitbestimmung, über Verträge mit den Kremlzaren, über die Sicherheit der Arbeitsplätze im Kapitalismus verbreiten

Betriebsratswahlen bei Opel - Bochum

Bei den Betriebsratswahlen bei Opel in Bochum hat die „Liste 2" der GOG (Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM) 4 601, das sind 36,3% aller Stimmen, erhalten. Sie konnte damit die Zahl ihrer Betriebsratssitze von bisher fünf auf zwölf steigern. Das ist allerdings kein Sieg einer fortschrittlichen Liste, die den Weg des revolutionären, unversöhnlichen Klassenkampfes geht, sondern hier hat eine durch und durch opportunistische Gruppierung, die die Politik der Klassenversöhnung auf ihre Fahnen geschrieben hat, einen Erfolg errungen.

Natürlich haben die Kollegen der „Liste 2" ihre Stimme gegeben, weil sie in ihr eine Alternative zu der reaktionären Clique um den Betriebsratsvorsitzenden Perschke und der Liste der IGM gesehen haben. Die hohe Zahl der Stimmen für die „Liste 2" zeigt daher, daß die Empörung der Opelkollegen über diese reaktionäre Clique in den drei Jahren seit der letzten Betriebsratswahl stark angewachsen ist und daß es eine breite Bewegung gegen sie und die Bonzen der IGM im Betrieb gibt. Das ist die Grundlage für den Erfolg der „Liste 2".

Die „Liste 2" konnte eine Zeitlang als eine fortschrittliche Gruppierung angesehen werden, solange die Möglichkeit bestanden hat, daß sie ihre opportunistischen Fehler überwindet und den klaren Weg des revolutionären, unversöhnlichen Klassenkampfes einschlägt. Sie ist deshalb von allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften und auch von unserer Partei unterstützt worden. Inzwischen ist es allerdings den Führern dieser Gruppe, Schaumberg, Schmitz und Lang, gelungen, aus ihr eine durch und durch opportunistische Gruppe zu machen, auch wenn es in ihr noch ehrliche Kollegen gibt, die gegen den revolutionären Klassenkampf auftritt und eine Politik der Klassenversöhnung und der Einheit mit dem arbeiterfeindlichen, imperialistischen Gewerkschaftsapparat betreibt.

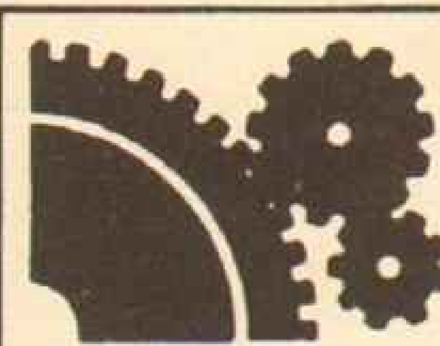
Ohne Zweifel hat die „Liste 2" bei den Betriebsratswahlen auch von ihrer Vergangenheit profitiert und davon, daß es zu ihr keine revolutionäre Alternative, keine Rote Liste gegeben hat. Darüber hinaus standen diesmal überhaupt nur 3 Listen zur Wahl.

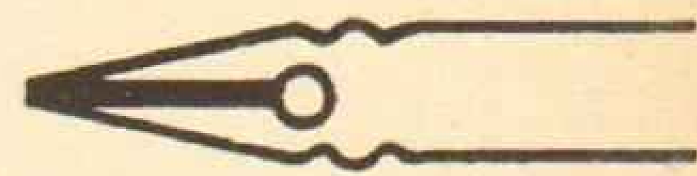
Wichtiger aber ist ihre Politik und ihr Programm, ihre hinterhältige Taktik, mit denen sie die Arbeiter auf den Weg der Klassenversöhnung führen wollen. Betrachten wir ihr Programm zu den Betriebsratswahlen. Entscheidend an diesem Programm sind nicht die ca. dreißig Forderungen, die es enthält und unter denen sich auch einige richtige befinden. Welchen Weg sollen die Arbeiter gehen? Das Programm der GOG gibt darauf eine klare Antwort: den Weg der Klassenversöhnung und der Einheit mit dem imperialistischen Gewerkschaftsapparat. Klipp und klar heißt es dort: „Für die innergewerkschaftliche Demokratie! **Kämpft für die Demokratisierung der Gewerkschaften, für ihre Eroberung" – diese verräterische Linie, die die Kollegen an den Gewerkschaftsapparat ketten und die den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter verhindern soll, zieht sich durch die gesamte Politik der GOG.** Anders als die modernen Revisionisten der D„K"P unterstützen sie Perschke nicht offen, sie greifen ihn an, springen da in die Bresche, wo die modernen Revisionisten der D„K"P nicht in der Lage sind, die Bewegung der Kollegen in die Irre zu leiten und arbeiten ihnen aber in Wirklichkeit in die Hände, indem sie scheinbar eine mittlere Position zwischen ihnen und dem Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes beziehen. Ihnen kommt dabei zugute, daß sie gerade mit dieser Politik geschickt die Unklarheiten der Kollegen ausnutzen, die Tatsache, daß viele Kollegen das Wesen des arbeiterfeindlichen, imperialistischen Gewerkschaftsapparates noch nicht erkannt haben. Genau aus diesem Grund haben sie vor den Wahlen viel Aufwand getrieben und eine prinzipielle Kampagne für eine „offene Liste" geführt, angeblich, um das „demokratische Recht der Persönlichkeitswahl' zu schützen, in Wirklichkeit aber, um den unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem IGM-Apparat und den Mitgliedern der Gewerkschaft zu vertuschen.

In gleicher Weise haben sie versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob es möglich ist, die Betriebsräte zu erobern und sie zu einem Kampfinstrument der Arbeiter zu machen, ebenso, wie sie zwar die Forderung „Weg mit dem arbeiterfeindlichen BVG!" aufgestellt haben, aber sich darum gedrückt haben, klipp und klar zu erklären, diese Gesetze zu brechen, wenn es der Kampf erfordert. In der Praxis haben Schaumberg und Schmitz längst bewiesen, daß sie Verräter sind. Sie haben öffentlich erklärt, daß sie sich von der RGO und damit vom revolutionären Klassenkampf distanzieren, um wieder in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden. Und kurz vor der Betriebsratswahl haben sie Genossen Jochen Beyer aus der GOG ausgeschlossen, weil er Kommunist ist, die gleiche Begründung, mit der er aus der IGM ausgeschlossen wurde und ihn die General-Motors-Kapitalisten aus dem Betrieb geworfen haben.

Schaumberg und Schmitz sind keine naiven Menschen, ihre Politik ist wohldurchdacht. Sie nennen sich selbst „Kommunisten" und Schaumberg ist sogar mit dem Roten Buch auf einer Belegschaftsversammlung aufgetreten. Sie und ihre Freunde, solche opportunistischen Gruppen wie die von Hoss und Co. in Stuttgart, haben sich das Ziel gesteckt, die Arbeiter vom Weg des revolutionären Klassenkampfes abzuhalten. **Aber wenn der Kampf gegen sie verschärft wird, werden ihre Absichten schmählich scheitern, auch wenn es jetzt so aussieht, als ob sie einen Sieg errungen haben.**

Arbeiterkorrespondenzen





Wirtschaftsbriefe "Keine laienhaften Aktionen" gegen rote Betriebsräte

Von Genossen Hubert Lehmann erhielten wir folgende Korrespondenz:

„Liebe Genossen!

Ich schreibe euch jetzt noch einmal in ‚Freiheit', denn bald wird mich ja die Polizei abholen. Ich wollte euch nur kurz ein Zitat eines bürgerlichen Schreiberlings mitteilen. Dieser verfaßt jede Woche zwei sogenannte ‚Wirtschaftsbriefe' und verschickt sie dann an interessierte Unternehmer. Nun bekam ich durch Zufall einen solchen in die Hand. Dort heißt es: ‚Sehr geehrter Herr! Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen zeigen: in weitaus größerer Zahl als noch vor drei Jahren gelang es radikalen Elementen, gewählt zu werden. So warben z. B. zwei Kandidaten – von der Betriebsleitung als Chaoten eingestuft – für ihre Wahl u. a. mit dem Hinweis, als Betriebsräte würden sie sich nicht an die Verschwiegenheitspflicht halten. Die beiden wurden gewählt. Selbst eine solche Wahl läßt sich nur schwer annullieren. Denn die Burschen von der Ultralinken gehen äußerst geschickt vor. In vielen Fällen erweist es sich als unmöglich, ihnen beizukommen – selbst dann nicht, wenn (wie in Großunternehmen) in der Geschäftsleitung gewiefte Juristen sitzen. Ein mittelständischer Unternehmer ist diesen Leuten praktisch wehrlos ausgesetzt. Trotzdem: **Die Rechtslage zu beurteilen, ist keine Sache des Glaubens.** Auf die Beweise kommt es an. Darum: Wenn Gefahr im Verzug oder der Einzug ultralinker Gladiatoren in den Betriebsrat bereits erfolgt ist, dann **keine laienhaften Aktionen!** Die Arbeitsrechtler in den Verbänden wissen hier schon eher Rat – Sie sollten sie auf jeden Fall befragen. Im übrigen: Auch die Gewerkschaften sind in der Regel von Chaoten im Betriebsrat nicht begeistert.'

Dies war ein kurzer Ausschnitt aus einem solchen ‚Wirtschaftsbrief'. Ich glaube, ein Kommentar ist hier überflüssig."

Betriebsleiter: "Sicherheit geht vor allem!"

Ich arbeite in einem Stahlwerk im Strangguß. Das ist das technisch am weitesten entwickelte Verfahren zur Herstellung von Halbzeug. Da die Stahlkapitalisten hierbei noch größere Profite erzielen als nach dem alten Verfahren des Standgießen und Walzen, treiben sie die Arbeitshetze besonders voran. Dabei wird natürlich keinerlei Rücksicht auf die Arbeitssicherheit und die Gesundheit der Kollegen genommen.

Umso erstaunter waren die Kollegen im ersten Moment, als neulich eine Anweisung der Betriebsleitung herauskam (sie mußte sogar von allen Meistern und Kolonnenführern unterschrieben werden), die besagt: „Sicherheit geht vor allem!"

Alle Tätigkeiten sollten durch doppelten Anruf und Bestätigung über die Sprechanlage abgesichert werden und selbst fürs Einfahren der Anlage (Vorbereitung für einen neuen Guß) sollte auf einmal gelten: lieber langsamer, dafür aber sicherer! Sonst konnten sie nicht genug hetzen, damit ja schnell wieder eingefahren sei. Und die letzten Monate hatten sie es sogar soweit getrieben, daß wir gleichzeitig 2 Anlagen bedienen mußten: während auf der einen schon wieder gegossen wurde, mußten wir die andere noch „nebenher" einfahren.

Und nun sollten wir auf einmal langsamer machen?! Sollten die Stahlkapitalisten auf einmal „Menschenfreunde" geworden sein!? Natürlich nicht! Der einzige Grund für die Betriebsanweisung war folgender: einen Tag vorher waren durch einen Stromausfall 25 t flüssiger Stahl eine Anlage unkontrolliert heruntergerauscht und hatten die Kollegen in Gefahr gebracht – weil die Anlage nicht genügend durch Notstromkreise oder ähnliches abgesichert ist. Da würde es jetzt Tage dauern bis die Anlage wieder betriebsbereit sei. Damit ja nicht noch die zweite Anlage durch irgendeinen Bedienungsfehler ausfiele, dachten die Herren auf einmal an unsere „Sicherheit". Denn der Ausfall beider Anlagen hätte einen Verlust in die Hunderttausende bedeutet.

Und da kann man ja schon mal die „Sicherheit" hochhalten, während man die wirkliche Sicherheit jahrelang mit Füßen getreten hat. Die Frechheit und der Zynismus dieser Betriebsanweisung hat manchen Kollegen empört und wieder deutlich gezeigt, daß für diese Herren nur eins zählt – Tonnen. Sicherheit wird es für uns am Arbeitsplatz erst geben, wenn wir diese Tonnenjäger und Menschenverächter zum Teufel gejagt haben.

Rotfront

Ein Kapitalist: "Ich habe Angst, Angst vor der Revolution!"

Ich habe vor kurzer Zeit meine Ausbildung beendet. Ich wechselte die Stelle und wurde bald darauf arbeitslos. Das Arbeitsamt schickte mich dann, im Lehrbetrieb um Anstellung zu ersuchen. Der Chef verneinte sofort und begründete das folgendermaßen: Er pickte sich aus den Zusammenstößen der ganzen Lehrzeit die heraus, in denen er politische Motive vermutete. Er nannte mich eine Fanatikerin und er könne es wohl tolerieren, wenn jemand Kommunist in Worten ist: sobald er aber beginnt zu kämpfen, würde er zum Gegenschlag ausholen. Ich müsse das auch verstehen, denn er als Unternehmer sei ja am stärksten bedroht. Wörtlich sagte er: „Ich habe Angst, Angst vor der Revolution"!

Rot Front

eine Genossin aus Münster

Revisionistisches

PRÄMIENSYSTEM ZUR DISZIPLINIERUNG DER ARBEITER IN POLEN

Ein Kollege, der vor zwei Jahren aus Polen gekommen ist, wo er eine Filiale eines Fuhrunternehmens geleitet hat, berichtet aus eigener Erfahrung über das Prämiensystem in Polen: Der Betriebsleiter bekommt zusätzlich zur Lohnsumme einen festen Betrag von ca. 10% hinzu. Jeder Arbeiter aber hat bei Planerfüllung und sonstigem Wohlverhalten gegenüber der Ausbeutung Anspruch auf eine Prämie von ca. 25%. Aber sobald er mal zu spät kommt, blau macht oder sich in irgendeiner Weise widersetzt, bekommt er 5% abgezogen. Der Betriebsleiter muß also den Arbeitern soviel Prämie abziehen, daß er mit den 10% auskommt. Dadurch wird natürlich der Willkür Tür und Tor geöffnet und die Arbeiter werden gegeneinander ausgespielt. Die Prämien sind nichts anderes als „Nasenzulagen" zur Disziplinierung der Arbeiter.

DIE GRF „ÜBERZEUGT" SELBST DIE POLIZEI

In Westberlin versuchte DGB-Chef Sickert Mitglieder der Gruppe Rote Fahne zu provozieren, die vor dem Gewerkschaftshaus eine Kundgebung abhielten. Noch bevor Mannschaftswagen der Polizei eintrafen, die vom HBV-Bonzen Halle zum Schutz von Sickert gerufen worden waren, verschwand Sickert jedoch bereits wieder. Die Polizei griff nicht ein gegen die GRF-ler.

In der „Roten Fahne" liest sich das allerdings dann so: „Die Drecksarbeit sollte dann die Polizei übernehmen. Aber die Polizisten hatten das Verhalten von Sickert und Co. mitbekommen: sie hatten auch gesehen, wie Sickert eine Fotografin bedrohte, die seinen unrühmlichen Auftritt fotografierte. Sie waren darüber empört. Das erste, was sie machten: sie schickten anrollende Mannschaftswagen wieder nach Hause. Wir erklärten unsere Forderungen und diskutierten mit ihnen."

Darauf also kommt es an: man muß den Polizeieinsatzleitern – und nur um solche kann es sich handeln, da kein einfacher Polizist „anrollende Mannschaftswagen" wieder nach Hause schicken kann – nur zeigen, wer der wahrhaft Schuldige ist, dann werden sie sich auch einsichtig verhalten. Vielleicht werden sie zur Abwechslung das nächste Mal sogar Sickert persönlich oder sogar die ganze Kapitalistenklasse verhaften?

„K"BW SCHÜTZT SOZIALFASCHISTISCHEN HETZER DER D„K"P VOR DER KPD/ML

Auf der 1. Mai-Veranstaltung des „K"BW in Karlsruhe kam es zu folgendem Vorfall: Einem Sprecher des Studentenbundes der D„K"P wurde von der Veranstaltungsleitung erlaubt, zu sprechen. Er begann mit einer Lobrede auf die „Friedenspolitik" der Sowjetunion. Als daraufhin ein Genosse der KPD/ML den Antrag stellte, diesem Propagandisten des Sozialfaschismus das Wort zu verbieten, versuchte die „K"BW-Führung, den Genossen niederzuschreien und forderte den Revisionisten auf, seine Lügen weiter zu verbreiten. In dieser Situation versuchte der Genosse unserer Partei das Mikrofon in die Hand zu bekommen, um die sozialfaschistische Hetze zu beenden. Sofort schicktendie „K"BW-Führer dem Genossen ihren Saalschutz auf den Hals. Mit 15 Mann versuchten sie ihn aus dem Saal zu werfen. Das rief selbst den Protest vieler „K"BW-Anhänger hervor.

Die „K"BW-Führung aber ging sogar soweit, den sozialfaschistischen Hetzer in die Reihen ihrer Veranstaltungsleitung zu bitten, damit er von dort aus ungestört und geschützt seine Hymne auf den sowjetischen Sozialimperialismus singen konnte.

Die Erklärung der „K"BW-Ortsleitung dazu: „Hier kann jeder frei seine Meinung sagen, der den Anspruch hat, Kommunist zu sein. Die DKP genau wie ihr. Bedauerlicherweise sucht ihr in letzter Zeit immer unsere Veranstaltungen für eure Auftritte aus, und ihr könnt froh sein, daß wir euch noch zu denen zählen, die den Anspruch haben, Kommunist zu sein."

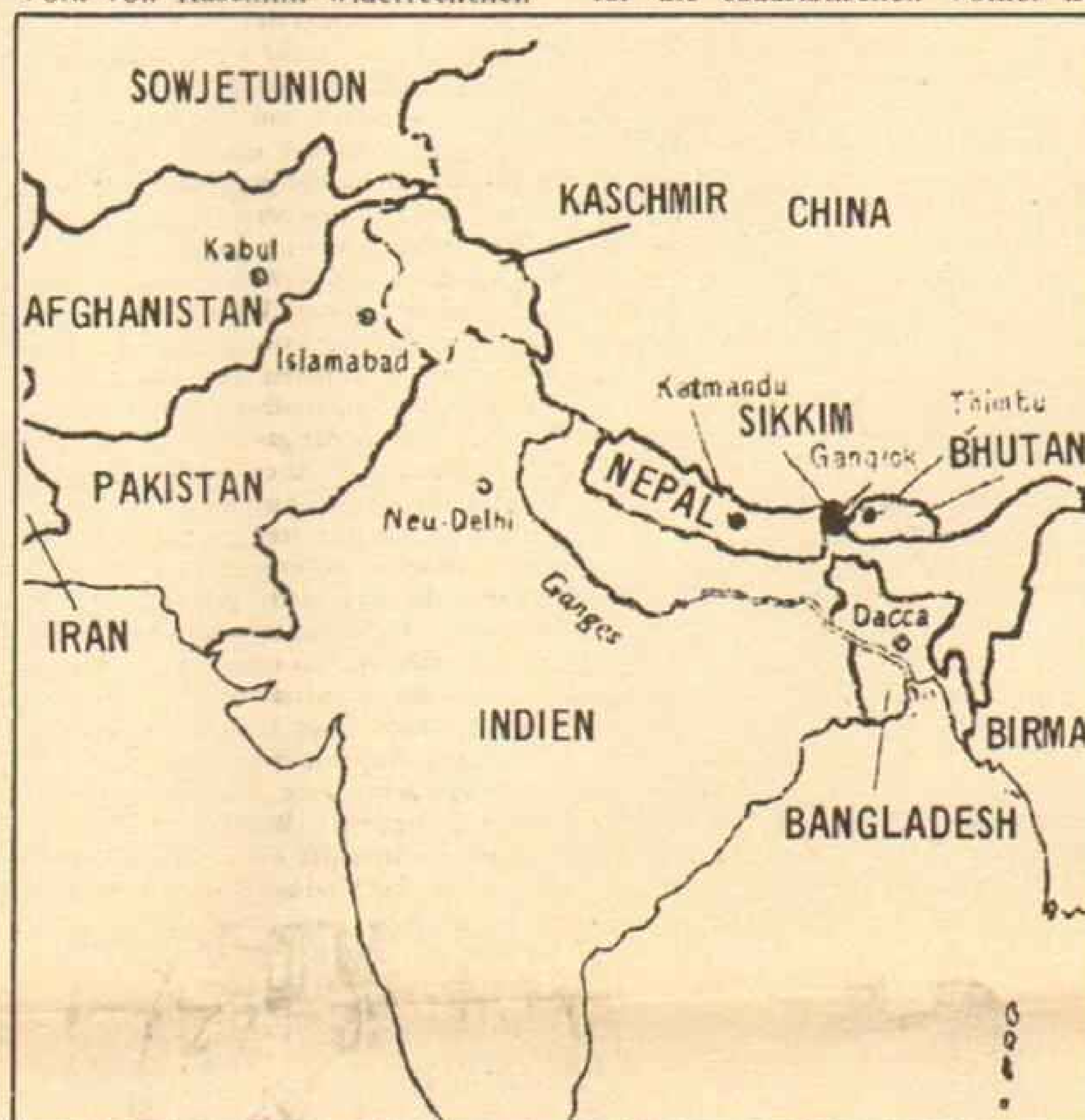
Der Sprecher des revisionistischen Studentenbundes hat dies in seiner Rede auf seine Art bestens kommentiert. Er lobte den „K"BW: „Ihr habt in einem Jahr viel dazu gelernt." Vom Standpunkt eines Revisionisten aus – allerdings.

Erklärung der Regierung der VR. China vom 29. April 1975

Vor kurzem hat die indische Regierung, unter Mißachtung des starken Widerstandes des Volkes und des Königs von Sikkim, unverschämterweise ihre Truppen entsandt, um die Palastwachen des Königs von Sikkim gewaltsam aufzulösen und den Verrätern von Sikkim, die sie lange genährt hat, befohlen, hervorzukommen und unter dem Schutz der indischen Bajonette eine Farce des sogenannten „Volksentscheids" zu spielen, der um Absetzung des Königs ersuchte und Sikkim in einen indischen Staat verwandelte. Jetzt hat das indische Parlament eine Resolution verabschiedet, die die Annexion Sikkims „legalisiert".

Es ist in höchstem Maße anmaßend von der indischen Regierung, in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts einen Nachbarstaat in solch abscheulicher Weise zu verschlukken. Die Regierung und das Volk Chinas drücken ihre äußerste Empörung über diesen Akt der Expansion seitens der indischen Regierung aus und verurteilen ihn aufs Schärfste.

Die indische Regierung hegte seit langem die Absicht, Sikkim zu annektieren. Sie trampelte schon lange auf Sikkims Souveränität herum. Sie wendete Gewalt an, um über das Volk von Sikkim ein „Protektorat" zu errichten. Einen Schritt weitergehend, benutzte sie ihre Marionetten, um einen „Volkswillen" zu erdichten und verwandelte Sikkim in einen sogenannten „assoziierten Staat" Indiens. Jetzt nahm sie ihre Zuflucht zur völligen Annexion. Sie hat den alten Kolonialismus an Arroganz und Schlechtigkeit der Taktik übertroffen. Das hat die widerlichen Absichten des indischen Expansionismus entlarvt, der die Rolle eines Oberherren in Südasien spielen will. Die chinesische Regierung erklärt noch einmal feierlich, daß sie die illegale Annexion Sikkims durch Indien überhaupt nicht anerkennt und das Volk von Sikkim standhaft unterstützt in seinem gerechten Kampf für nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der staatlichen Souveränität gegen den indischen Expansionismus. Der indische Expansionismus, der das Erbe des Kolonialismus angetreten hat, gab sich in den letzten 20 und mehr Jahren dem wilden Traum nach einem indischen Großreich hin und unterwarf benachbarte Länder seiner Kontrolle, Einmischung, Subversion und Tyrannei. Besonders in den letzten Jahren nahmen die expansionistischen Absichten der indischen Regierung zu. Mit der Fahne der „Unterstützung der nationalen Befreiung" prunkend, zerstükkelten sie Pakistan aufs Unverschämteste. Willkürlich bezeichneten sie den Kaschmir-Konflikt als ihr „Herrschaftsproblem" und beraubten das Volk von Kaschmir widerrechtlich seines Rechtes auf Selbstbestimmung. Jetzt hat sie, unter dem Vorwand „Demokratie" errichten zu wollen, die offene Annexion Sikkims durchgeführt. Es muß gesagt werden, daß es einzig der Verhetzung und der kräftigen Unterstützung durch den sowjetischen revisionistischen Sozialimperialismus zu danken ist, daß der indische Expansionismus so mutwillig und grausam zu handeln wagte und die weltweite Verdammung herausforderte. Während des ganzen Prozesses der Annexion Sikkims durch die indische Regierung setzte der sowjetische revisionistische Sozialimperialismus seine Propagandamaschinerie in Bewegung, um Beifall zu klatschen. Das ist der schlagende Beweis, daß der sowjetische revisionistische Sozialimperialismus hinter den Kulissen der Herr des indischen Expansionismus ist, und daß er die größte Bedrohung für die Unabhängigkeit und Souveränität der südasiatischen Länder und der gefährlichste Feind für die südasiatischen Völker ist.



Die Tatsache, daß Indien Sikkim so eilig mit sowjetischer Unterstützung annektiert hat, ist ein Alarmsignal für die anderen indischen Nachbarstaaten. Heute Sikkim – wer wird es morgen sein? Deshalb ist es notwendig, die verächtlichen und schamlosen Handlungen feierlich zu verdammen, die vom indischen Expansionismus und dem sowjetischen revisionistischen Hegemonismus gemeinschaftlich durchgeführt werden. Wir glauben, daß die Völker der südasiatischen Länder sicherlich ihre Wachsamkeit erhöhen, ihre Einheit festigen und im Verteidigungskampf ihre Unabhängigkeit und Souveränität bewahren werden.

Das Volk von Sikkim liebt seine Unabhängigkeit von Herzen, es hat seinen Widerstand und Kampf gegen den indischen Expansionismus niemals eingestellt. In den letzten Jahren hat es seinen Kampf gegen die indische Gewaltdrohung fortgesetzt verstärkt. Der König von Sikkim hat wiederholt erklärt, daß er die illegale Annexion Sikkims durch Indien nicht anerkennt und standhaft die „Identität und den internationalen Status" Sikkims hochhält. Das Volk von Sikkim ist ein großes Volk mit standhaftem Charakter. Sein Kampf, der die tiefe Sympathie und die tatkräftige Unterstützung der Völker zahlreicher Länder der Dritten Welt, das indische Volk eingeschlossen, gewonnen hat, ist gerecht. Die Regierung und das Volk von China werden, wie immer, fest an der Seite des Volkes von Sikkim stehen, und wir sind überzeugt, daß der Sieg dem Volk von Sikkim gehören wird, gleichgültig, wie vielen Schwierigkeiten und Rückschlägen es dabei begegnen wird. Zuletzt werden der indische Expansionismus und seine Hintermänner von der Geschichte streng bestraft werden.

Spanien

FRAP befreit gefangene Genossin

Vor drei Wochen wurde die spanische Genossin Maria dez Carmen Rodrigliez Lopez von einem Kommando der FRAP aus den Kerkern des Franco-Regimes befreit. Die Genossin war vor 2 Jahren im Alter von 19 Jahren verhaftet worden. Das Regime hatte 21 Jahre Gefängnis gegen sie beantragt, weil sie angeblich an der Hinrichtung Carrero Blancos beteiligt gewesen und weiterhin auf einer Demonstration ein Beil getragen haben soll.

Diese erfolgreiche Befreiung ist ein großartiger Erfolg unserer spanischen Genossen. Wenn man sich die faschistischen Verhältnisse in Spanien vor Augen hält, unter denen die spanischen Revolutionäre kämpfen und die Tatsache, daß diese Aktion kein einziges Opfer gekostet hat, kann man sich unschwer vorstellen, wie sehr der Yankee-Frankismus damit getroffen wurde. Es ist nichts anderes als ein Eingeständnis dieser Niederlage, wenn die faschistische spanische Presse und auch die Presse im Ausland diese Aktion völlig totschwiegen und sich erst aufgrund eines Berichts der APEP (Presseagentur der FRAP) gezwungen sahen, die Befreiung der Genossin zuzugeben.

Die erfolgreiche Befreiung der Genossin Maria dez Carmen, die inzwischen in Frankreich lebt, wird der gesamten Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangenen Spaniens neuen Kampfesmut verleihen. Vier dieser gefangenen Genossen werden in Kürze vor Gericht stehen. Sie wurden 1973 bei den Kämpfen am 1. und 2. Mai verhaftet. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das faschistische Franco-Regime sie ermorden will.

Um die Solidarität mit diesen vier gefangenen Revolutionären zu verstärken, findet am 18. 5. 75 in Frankfurt eine Veranstaltung der FRAP statt. Die Veranstaltung beginnt um 15.00 Uhr. Ort: Universität Frankfurt, Bockenheimer Warte.

Vom Aufbau des Sozialismus

CHINAS SYSTEM DER TEILNAHME DER KADER AN DER KOLLEKTIVEN PRODUKTIONSARBEIT

. . . Angespornt vom Vorbild vieler führender Kader in den zentralen Organen und den Organen der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und der autonomen Gebiete, beteiligen sich die Kader in Städten und ländlichen Gebieten noch intensiver an der kollektiven produktiven Arbeit. . .

Im sozialistischen China ist die regelmäßige Teilnahme führender Kader an der kollektiven produktiven Arbeit ein Prinzip, an dem die KP Chinas seit langem festhält. Es gilt für alle Ebenen der Partei- und Regierungsorgane, Armee-Einheiten, Betriebe, Kultur- und Bildungszweige und ländliche Volkskommunen.

Die Kader der KP Chinas haben immer an der guten Tradition festgehalten, mit den Werktätigen einen engen Kontakt zu halten. Schon in den späten 20er Jahren, als die chinesische Rote Arbeiter- und Bauernarmee unter der Leitung des Vorsitzenden Mao das erste revolutionäre Stützpunktgebiet im Djinggang-Gebirge in Ostchina errichtete, war es für den Kader der Partei und der Armee ein Prinzip, mit den Volksmassen gemeinsam an der produktiven Arbeit teilzunehmen.

Während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression (1937 – 1945) erließ der Vorsitzende Mao den großen Aufruf: **„Reichlich Nahrung und Kleidung durch eigener Hände Arbeit"**, um die Blockade der japanischen Aggressoren und der Kuomingtang-Reaktionäre über die befreiten Gebiete zu brechen. Die Armeeangehörigen und die Bevölkerung wurden mobilisiert, eine große Produktionsbewegung zu entfalten. Der Vorsitzende Mao und andere führende Genossen der Partei beteiligten sich damals in Yenan ständig an der Produktionsarbeit und gaben allen Kadern ein leuchtendes Beispiel.

Nach der Gründung der VR China wurde das System der Teilnahme der Kader an der körperlichen Arbeit noch konkreter. Während des Baues des Ming-Gräber-Stausees in der Umgebung Pekings im Jahre 1958 gingen der Vorsitzende Mao, Ministerpräsident Tschou En-lai und andere führende Genossen des Zentralkomitees der Partei auf die Bauplätze und arbeiteten zusammen mit den Massen. Das war für die Kader und Bauarbeiter ein ungeheurer Ansporn.

Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution erließ der Vorsitzende Mao die wichtige Weisung: **„Zu körperlicher Arbeit an die Basis zu gehen bietet den breiten Massen der Kader eine ausgezeichnete Gelegenheit, aufs Neue zu lernen. Ausgenommen diejenigen, die zu alt, die schwächlich, krank oder körperbehindert sind, sollten alle Kader entsprechend handeln. Auch jene, die weiter auf ihrem Posten tätig sind, sollten abwechselnd gruppenweise zu körperlicher Arbeit an die Basis gehen."** Dieser große Aufruf fand begeisterten Widerhall in verschiedenen Abteilungen und Organisationen und führte schließlich dazu, daß eine große Anzahl von „7.-Mai-Kaderschulen auf dem Lande errichtet wurden. Kader, alte und junge, gehen abwechselnd in die Kaderschulen, um an der produktiven Arbeit teilzunehmen.

Gleichzeitig studieren sie die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und die Schriften des Vorsitzenden Mao. Diese Schulen sind ausgezeichnete Anstalten für die Ausbildung proletarischer Kader. Die Teilnahme an der Feldarbeit und die verschiedenartigen Kontakte mit den armen Bauern und unteren Mittelbauern festigen das proletarische Denken und Gefühl und halten ihren revolutionären Geist lebendig.

Neben der „7.-Mai"-Kaderschule haben die Betriebe, Bergwerke, Regierungsorgane und andere Institutionen den Kadern auch Möglichkeiten geschaffen, an der produktiven Arbeit teilzunehmen. Die Leiter der Betriebe arbeiten im allgemeinen einen Tag in der Woche mit den Arbeitern, die Leiter der Werkhallen noch öfter. Die Kader in den Regierungsorganen und Schulen arbeiten jedes Jahr eine bestimmte Zeit körperlich. Die Kader in den ländlichen Gebieten arbeiten immer mit den Bauern zusammen auf dem Feld. (. . .) Die Kader auf Kreis-, Kommune- und Brigadeebene arbeiten jährlich je 100, 200 bzw. 300 Tage auf den Feldern. Die Leiter der Produktionsgruppen arbeiten das ganze Jahr hindurch mit den Kommunemitgliedern zusammen auf dem Feld. (Aus: Peking Rundschau 16/1975)

'K'BW - Führer

Mit 'linken' Phrasen im Interesse des Sozialimperialismus

Die Rede „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker!", die der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, am 27. 3. 75 in Kiel gehalten hat, hat in der revolutionären Bewegung Westdeutschlands und Westberlins eine breite Diskussion initiiert. Diese Verschärfung des ideologischen Kampfes geht von der Frage aus, welche Konsequenzen die gegenwärtige internationale Lage für die Taktik der proletarischen Revolution in unserem Land aufwirft. Welche Haltung müssen wir Kommunisten angesichts der Tatsache einnehmen, daß durch die Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft ein neuer imperialistischer Weltkrieg droht, daß die Truppen der beiden imperialistischen Supermächte sich auf dem Boden unseres Vaterlandes gegenüberstehen, daß in unserem Land die proletarische Revolution nur im Kampf gegen die beiden Supermächte siegen kann.

Der sogenannte „Kommunistische Bund Westdeutschlands" („K"BW) versucht in seinem Zentralorgan „Kommunistische Volkszeitung" („K"VZ) vom 24. April 75 unter der Überschrift „Ein gefährlicher Irrweg: Propagierung der Vaterlandsverteidigung in der imperialistischen Bundesrepublik" die vom Genossen Ernst Aust in seiner Rede dargelegte Linie unserer Partei für den Fall des Ausbruchs eines neuen imperialistischen Weltkrieges in die Nähe der sozialchauvinistischen Verräter der II. Internationale zu rücken, die mit der Parole der „Vaterlandsverteidigung" die deutsche Arbeiterklasse in Wirklichkeit für die Ziele des deutschen Imperialismus in den ersten Weltkrieg hetzte. Während die „K"BW-Führer sich im Vorspann des Artikels darüber entrüsten, Genosse Ernst Aust habe in seiner Rede die „Vorbereitung der Vaterlandsverteidigung als Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse bezeichnet", beschränken sie sich in ihrem Artikel dann vorsichtshalber auf die Kritik eines Artikels der Führer der Gruppe Rote Fahne, die sich selbst „KPD" nennt. Der Trick ist leicht durchschaubar: sie wollen bestimmte Fehler der GRF-Führer ausnutzen, um ihren durch und durch revisionistischen Plunder unauffälliger an den Mann bringen zu können.

Schauen wir zunächst einmal an, was Lenin zur Frage der Vaterlandsverteidigung gesagt hat: **„Was ist – allgemein gesprochen – „Vaterlandsverteidigung"? Ist das ein wissenschaftlicher Begriff der Ökonomie, der Politik oder dergl.? Nein. Das ist einfach der verbreitetste, gebräuchlichste, manchmal einfach spießbürgerliche Ausdruck für die Rechtfertigung eines Krieges. Sonst nichts, absolut nichts! „Verräterisch" kann daran sein, daß Spießbürger imstande sind, jeden Krieg zu rechtfertigen, indem sie erklären: „Wir verteidigen das Vaterland", während der Marxismus, der sich nicht zum Spießbürgertum degradiert, die historische Analyse jedes einzelnen Krieges fordert, um festzustellen, ob dieser Krieg als fortschrittlich, den Interessen der Demokratie oder des Proletariats dienend und in diesem Sinn als berechtigter, gerechter usw. Krieg betrachtet werden kann.' (Bd. 23, S. 23).**

Eben von dieser konkreten Analyse, die nach Lenin den Marxisten vom Spießer unterscheidet, wollen die „K"BW-Führer nichts wissen. Sie erklären in der „K"VZ: „Solange der Imperialismus besteht, sind Kriege unvermeidbar, und die Gefahr eines Weltkrieges bleibt bestehen. Unvermeidbar ist aber auch die soziale Revolution des Proletariats. Die Aufgebe der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ist es, durch die Beseitigung des Imperialismus in Westdeutschland zur Beseitigung der Kriegsgefahr beizutragen." Das ist natürlich nicht falsch. Nur ist es so, daß die Tatsache, daß die Gefahr imperialistischer Kriege endgültig nur durch den Sturz des Imperialismus beseitigt werden kann, die Kommunisten und die Arbeiterklasse nicht von der Antwort auf die Frage entbindet, wie sie unter den Bedingungen des eben noch nicht gestürzten Imperialismus gegen den Ausbruch eines bestimmten imperialistischen Krieges kämpfen müssen und wie sie den Fall eines Ausbruchs ausnützen müssen, um den Sturz des Imperialismus durch die proletarische Revolution zu beschleunigen.

Die Kommunistische Partei hat also die Pflicht, den besonderen Charakter des drohenden Krieges zu analysieren, um die taktische Linie festzulegen, die sie befähigt, die Arbeiterklasse so zu führen, daß entweder die Revolution dem Krieg zuvorkommt oder daß die proletarische Revolution zur Antwort auf den Ausbruch des imperialistischen Krieges wird.

Lenin schreibt: **„Wie kann man das „wahre Wesen" eines Krieges erkennen, wie kann man es bestimmen? Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Man muß die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, studieren." Man muß also die allgemeine Analyse des Imperialismus als Epoche auf die gegenwärtige konkrete Entwicklung der imperialistischen Widersprüche anwenden und darf nicht – wie die „K"BW-Führer es tun – die konkrete Analyse durch die Aufzählung der allgemeinen Merkmale der Epoche des Imperialismus ersetzen wollen.**

Was für ein Krieg droht?

Wie sieht nun die Politik aus, die droht, einen neuen imperialistischen Weltkrieg herbeizuführen? Die beiden imperialistischen Supermächte ringen auf der ganzen Welt um Absatzmärkte, Rohstoffe, Kapitalanlagemöglichkeiten usw.



Am 16. 3. 75 demonstrierten in Paris verschiedene europäische marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen gegen die beiden Supermächte und gegen die besondere Gefahr für die europäischen Völker durch den sowjetischen Sozialimperialismus.

Sie kämpfen um die Weltherrschaft. Von diesem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft geht die Hauptkriegsgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus. Dabei ist der sowjetische Sozialimperialismus im Vergleich zum US-Imperialismus die aufstrebende und aggressivere Supermacht, er ist zum Hauptfeind der Völker geworden, was nicht heißt, daß der US-Imperialismus seine Gefährlichkeit verloren hätte. Die 1. Welt, also der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, stellt die Hauptquelle für einen neuen imperialistischen Weltkrieg dar, sie ist zugleich der größte Ausbeuter und Unterdrücker der Völker, vor allem der 3. Welt. Keiner der kleineren und mittleren imperialistischen Staaten ist gegenwärtig aufgrund seiner materiellen Stärke in der Lage, selbständig einen imperialistischen Weltkrieg vom Zaun zu brechen.

Um die Frage zu entscheiden, wie sich der westdeutsche Imperialismus im Falle des Kriegsausbruchs verhalten wird, müssen wir ebenfalls von der gegenwärtigen Politik des westdeutschen Imperialismus ausgehen. Der westdeutsche Imperialismus gehört zu den kleineren und mittleren imperialistischen Staaten der 2. Welt. Die Position der 2. Welt ist zwiespältig – und zwar sowohl in ihrem Verhältnis zur 1. als auch zur 3. Welt. Einerseits kollaborieren diese Staaten mit den beiden Supermächten und beteiligen sich in ihrem Schlepptau an der Ausbeutung und Ausplünderung der 3. Welt. Andererseits sind sie selbst durch das Hegemoniestreben der beiden Supermächte bedroht und versuchen, ihre Unabhängigkeit von den beiden Supermächten zu verteidigen oder zu erringen, indem sie Schritte unternehmen, sich gegen die 1. Welt zusammenzuschließen. Die Imperialisten der 2. Welt versuchen, ihre direkten Kontakte zur 3. Welt zu verstärken, Z. B. zu den Ländern Arabiens, um ihre Versorgung mit Erdöl unabhängiger von den Supermächten zu gestalten. Natürlich verfolgen die Imperialisten der 2. Welt mit diesen direkten Kontakten ihre imperialistischen Interessen. Aber diese imperialistischen Beziehungen eröffnen der 3. Welt objektiv Möglichkeiten, mehr Unabhängigkeit von den beiden Supermächten, ihren größten Ausbeutern und Unterdrückern zu erlangen. Während die 3. Welt die Hauptkraft im Kampf gegen die 1. Welt und die von ihr ausgehende Kriegsgefahr ist, nimmt die 2. Welt eine Mittelposition zwischen der 1. und 3. Welt ein und es ist unter Ausnutzung ihrer Widersprüche zur 1. Welt möglich, sie von den beiden Supermächten zu isolieren. Die Politik des westdeutschen Imperialismus weist ebenso wie die Politik der ganzen 2. Welt beide Tendenzen auf. Aber die Kollaboration mit den beiden Supermächten, der Versuch, im Windschatten der beiden Supermächte selbst zu erstarken, bildet gegenwärtig die Hauptseite gegenüber den Versuchen, mehr Unabhängigkeit von den Supermächten zu erlangen. Für den westdeutschen Imperialismus wird es beim Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Supermächten kaum eine Möglichkeit geben, eine „neutralistische" Position zu beziehen. Westeuropa ist das Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte. Die hochindustrialisierten Staaten Westeuropas sind fette Brocken und die Supermacht, der es gelingt, diesen fetten Brocken in die Hand zu bekommen, wird die Vorherrschaft in der Welt erringen. In Westdeutschland stehen die Truppen des US-Imperialismus, die Truppen des sowjetischen Sozialimperialismus stehen auf dem Boden der DDR und der CSSR direkt an den Grenzen des westdeutschen Imperialismus. So wird der westdeutsche Imperialismus, selbst wenn er es vorzöge, kaum die Möglichkeit haben, sich aus einem Krieg zwischen den beiden Supermächten herauszuhalten. Für ihn steht letztlich nur die Möglichkeit, sich auf die Seite einer der beiden Supermächte zu schlagen. Mit der Möglichkeit, daß der westdeutsche Imperialismus im Kampf gegen die beiden Supermächte seine Unabhängigkeit verteidigen könne, kann nicht ernsthaft gerechnet werden. Dieser Möglichkeit widerspricht die geschichtliche Erfahrung, die besagt, daß die deutsche Monopolbourgeoisie stets die nationalen Interessen feige verraten hat, dem widerspricht die gegenwärtige Politik des westdeutschen Imperialismus, die in der Hauptseite auf Zusammenarbeit mit beiden Supermächten abzielt. Dem widerspricht auch die Tatsache, daß der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Monopolbourgeoisie in unserem Land sich weiter zuspitzen wird, so daß der westdeutsche Imperialismus schließlich wahrscheinlich das eigene Volk mehr fürchten wird als die Aggression einer Supermacht. Natürlich müssen wir gegen diese Politik des westdeutschen Imperialismus ankämpfen, aber es wäre verantwortungslose Illusionsmacherei, von der Einschätzung auszugehen, der westdeutsche Imperialismus könne für den Kampf gegen die beiden Supermächte gewonnen werden. Hier bestehen zu anderen Staaten der 2. Welt, wie beispielsweise zu Frankreich oder zu Japan, gewisse Unterschiede. Wohlgemerkt: wir müssen jeden Schritt der Staaten der 2. Welt – natürlich einschließlich des westdeutschen Imperialismus –, der gegen die beiden Supermächte gerichtet ist, unterstützen. Wir begrüßen jeden Schritt der 2. Welt, der auf eine Verbesserung der Beziehungen zur 3. Welt hinzielt. Aber das darf auf keinen Fall dazu führen, Illusionen über den westdeutschen Imperialismus zu schüren.

Damit aber ist der Charakter des drohenden imperialistischen Weltkrieges klar: **Er ist seinem Wesen nach ein Kampf der beiden imperialistischen Supermächte um die Weltherrschaft. Der westdeutsche Imperialismus wird entweder von Anfang an auf der Seite einer der beiden Supermächte kämpfen, oder sich im Kriegsverlauf auf eine Seite schlagen oder nach anfänglichen Versuchen sich herauszuhalten, vor einer oder beiden Supermächten weitgehend kampflos kapitulieren. In jedem Fall wäre das ein imperialistischer Krieg, in dem es auf der Seite der kriegsführenden Parteien keine gerechte Seite gäbe, solange nicht die VR China oder die VR Albanien angegriffen würde. Für das Proletariat ist die Frage, ob der westdeutsche Imperialismus dabei auf der Seite des im militärischen Sinne Angegriffenen oder des militärischen Angreifers steht, unerheblich. Es bleibt in beiden Fällen ein imperialistischer, vom Standpunkt des Proletariats aus ungerechter Krieg.**

NEUERSCHEINUNG



ERNST AUST

Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte!

Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus – 2 Hamburg 11. Postfach 11 16 49

GRF - Führer stiften Verwirrung

Genau in dieser Frage schaffen die GRF-Führer in dem „Rote Fahne"-Artikel, den die „K"BW-Führer sich herausgepickt haben, um gegen die korrekte marxistisch-leninistische Linie im Kampf gegen die beiden Supermächte und gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges zu kämpfen, eine ziemliche Verwirrung. In der „Roten Fahne" vom 16. April geben die GRF-Führer die wahrscheinlichste Form des drohenden Krieges wie folgt an: „Verteidigungskrieg im Fall eines Angriffs von Seiten der einen oder der anderen der beiden imperialistischen Supermächte auf Staaten der 2. Welt."

Als erstes fragt man sich natürlich, warum jetzt ausgerechnet der Angriff einer Supermacht auf die Bundesrepublik ohne Eingreifen der anderen Supermacht die wahrscheinlichste Möglichkeit eines drohenden imperialistischen Krieges sein soll. Wir gehen davon aus, daß die GRF-Führer einen Angriff des sowjetischen Sozialimperialismus für wahrscheinlicher halten. Wieso sollten dann die in Westdeutschland stationierten Truppen des US-Imperialismus nicht eingreifen? Ausserdem: warum wäre der Angriff einer Supermacht (den unwahrscheinlichen Fall einmal vorausgesetzt) auf die Bundesrepublik eigentlich kein imperialistischer Krieg? Wie verträgt sich das mit folgenden Worten Lenins: **„Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier urteilt anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der Feind steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. (. . .) Nicht vom Standpunkt ‚meines' Landes darf ich urteilen (denn so urteilt ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießer, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution."** (Bd. 28, S. 237).

'Linke' Phrasen können den Revisionismus nicht vertuschen!

Daß die GRF-Führer eben diese Wahrheit auf den Kopf stellen, erleichtert es den „K"BW-Führern, ihrer durch und durch revisionistischen Politik einen „linken" Anstrich zu geben. Die „K"BW-Führer sind zu opportunistisch, klar zu sagen, daß ihrer Meinung nach die Analyse der internationalen Lage durch die chinesischen Genossen falsch ist. Sie fürchten die Revolution zu sehr, um eine klare taktische Linie auszugeben, auf der das Proletariat dem drohenden imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg entgegensetzen kann. Darum erklären sie die Analyse der internationalen Lage schlicht zu einer Frage der chinesischen Außenpolitik. Um ihre klare Wasserträgerrolle für den modernen Revisionismus, durch die sie objektiv auch die aggressiven Ziele des sowjetischen Sozialimperialismus unterstützen, zu vertuschen, sind sie gezwungen, im absurden Widerspruch zu ihrer sonstigen Politik, mit ultralinken Phrasen aufzuwarten. Während sie in ihrer politischen Praxis gegen jede Propagierung der gewaltsamen Revolution ankämpfen, wollen sie jetzt plötzlich auch dann die Waffen sofort gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie richten, wenn nach dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges mit den beiden Supermächten längst weitaus gefährlichere Feinde der Arbeiterklasse, des Volkes, der sozialistischen Revolution im Land stehen. Während sie ansonsten auch nur die kleinste Anwendung revolutionärer Gewalt als linkssektiererisch verteufeln, wollen sie jetzt um jeden Preis verhindern, daß die Arbeiterklasse sich im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr und für den Fall des Ausbruchs eines imperialistischen Krieges in einer revolutionären Einheitsfront mit allen verbündet, die bereit sind, gegen die beiden Supermächte zu kämpfen. Während sie ansonsten ihren angeblichen „Kampf um demokratische Forderungen" immer vorschieben, um den Kampf für die proletarische Revolution auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, wollen sie jetzt der Arbeiterklasse einreden, sie müsse von der alten Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß der Hauptschlag gegen den gefährlichsten Feind gerichtet werden muß und daß die Feinde nacheinander geschlagen werden müssen, abweichen, um im Falle des Kriegsausbruchs mit den Truppen der Supermächte im Rücken sofort die Waffen gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie zu richten.

Aber diese Schmierenkomödie wird niemanden täuschen. Weder die „K"BW-Führer, noch ihre ideologischen Ziehväter, die modernen Revisionisten, noch die GRF-Führer werden verhindern, daß die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk im Falle eines Ausbruchs eines imperialistischen Weltkrieges den Weg unter der Führung unserer Partei gehen werden, den Genosse Ernst Aust in seiner Kieler Rede für die soziale und nationale Befreiung unseres Volkes gewiesen hat: **„Nein, jeder Krieg zwischen den beiden Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen werden, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, den wir führen mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen, zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen!"** (S. 18). In diesem Sinne werden wir allerdings unser Vaterland verteidigen. Nicht im Sinne des Imperialismus, sondern im Sinne der proletarischen Revolution.

Korrespondenzen

LUDWIGSBURG

Eine Genossin hat Peter Bayer in der Haftanstalt Ludwigsburg besucht, in der er vorübergehend gefangengehalten wird. Genosse Peter berichtete, daß es ihm gut gehe und daß er auch guten Kontakt zu anderen Gefangenen habe. Die Bourgeoisie versuchte allerdings von Anfang an, ihn mürbe zu machen. Genosse Peter wurde der Rote Morgen unterschlagen, den er abonniert hat und auch die Genossin, die ihn besuchte, durfte ihm weder die Peking Rundschau, noch den neuen Roten Morgen, noch die Broschüre mit der Kieler Rede des Genossen Ernst Aust übergeben. Die Begründung der Gefängnisleitung: das Lesen des Roten Morgen würde die Ziele der Haft gefährden! Genosse Peter hat darauf mit einer Beschwerde geantwortet, in der er die Lächerlichkeit dieser Spekulationen der bürgerlichen Klassenjustiz auf eine Änderung seiner kommunistischen Gesinnung im Gefängnis entlarvte.

MÜNCHEN

Auf der Veranstaltung der Roten Garde München zum 1. Mai 1975 wurde unter anderem eine Resolution für den Genossen Sascha Haschemi verabschiedet. In dieser Resolution heißt es u. a.:

„Genosse Sascha, Du mußt schon seit über einem Jahr im Untergrund leben. Obwohl Du in Deutschland geboren und aufgewachsen bist und hier in die Schule gegangen bist und Deine Lehre gemacht hast, verweigert Dir die Bourgeoisie Deinen Paß. Warum? Du hast als Rotgardist in den Reihen der Partei mit 6 000 anderen Antimilitaristen in München am Roten Antikriegstag gegen die heuchlerische Friedensolympiade demonstriert. Wegen dieser gerechten Sache und weil Du Kommunist bist, will Dich die Bourgeoisie in den faschistischen Iran abschieben, wo Dich der Tod, zumindest aber schlimmste politische Verfolgung erwartet. Ein deutscher Richter hat dies kürzlich sogar zugegeben. Schreibtischmord nennen wir das! Der neueste Versuch der Bourgeoisie, einen aufrechten Kommunisten loszuwerden, besteht darin, Dir einen Paß solange zu verweigern, bis Du ihn Dir selbst abholst. (Und das auch nur, weil das neue Ausländergesetz sie formal dazu zwingt). Holst Du Dir aber Deinen Paß, so werden sie sicher versuchen, Dich abzuschieben. Deshalb fordern wir, daß man Dir Deinen Paß über einen Mittelsmann übergibt. **Sofort einen deutschen Paß für Sascha! Sascha muß in Deutschland bleiben!**

EIN NEUES, ALTES VOLKSLIED AUS SÜDBADEN, DER HEIMAT DES BAUERNKRIEGS

In Mueders Stübele, do goht der hm hm hm / In Mueders Stübele, do goht der Wind. / Der Wind sait d'Wohrheid, was i nit in d'Zittig find / Der Wind sait d'Wohrheid, icch loos em Wind. — Der Wind sait: „D'Bure, die hän jetz hm hm hm / Der Wind sait: „D'Bure, die hän jetz Kchrieg!" / Doch chunnt sell Kchrieg, des häsch de hüt erkchannd / De Kchrieg der chunnt us dienem aigne Land. — Sind nit d'Franzose, s'isch's große hm hm hm / Sind nit d'Franzose, s'isch's große Geld. / Die riechi Herre hän d'Bure usdrükcht, / Die bruche Arbedslit für ihr Fabrikch. — Wil dieni Arbed die git viel hm hm hm / Wil dieni Arbed git viel Profit. / Z'erschd gibsch din Akcher dra un gibsch es Hus no weg / Un dieni Herre wäre dikch und fett. — So gohsch zur Arbed für chliine hm hm hm / So gohsch zur Arbed für chliine Lohn. / Din Loh isch immer kchlai, isch der Profit au groß / Un chunnt die Kchrise: bisch arbetslos. — Do chunnt dem Buere die rechde hm hm hm / Do chunnt dem Buere die rechde Wuet. / Do bisch die Arbed los un bisch din Akcher los, / Doch dieni Herre bliebe riech un groß. — So isch wo d'ane luegsch, de große hm hm hm / So isch wo d'ane luegsch, de große Kchrieg. / Der Kchrieg der goht hüt scho vierhunertfufzgi Jähr / Doch gohts jetz g'wiß nit lang bie mähr! — In Mueders Stübele, do goht der hm hm hm / In Mueders Stübele, goht jetz de Sturm. / De Sturm der goht dürs Land, ihr Herre gent no acht / Der Sturm der goht, bis s'Volkch häd die Macht!

Rot Front! Ein Genosse aus Südbaden.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Am 25. 4. fand in München ein Prozeß gegen den Genossen Willi R. statt, der bei der Aktion der Partei gegen den antichinesischen Hetzfilm „Die Chinesen in Paris" festgenommen worden war und wegen „Nötigung", „Widerstand" und „Körperverletzung" einen Strafbefehl über 1 200 DM erhalten hatte. Im Prozeß wies der Genosse anhand von Szenen und einigen Zitaten aus dem Drehbuch des Films nach, daß mit diesem Film eine rassistische, faschistische Hetze gegen das chinesische Volk und gegen den Sozialismus getrieben wurde. 5 Zeugen sollten die Anklage der Staatsanwaltschaft bezeugen. Aber nur einer — ein Polizist — belastete den Genossen. Beim Schlußwort des Genossen ließ der Staatsanwalt einige Stellen protokollieren in der Absicht, dem Genossen erneut Beleidigungsanzeigen anzuhängen. Das Gericht verurteilte den Genossen dann zu 900 DM Geldstrafe — gegenüber dem Strafbefehl ein kleiner Erfolg.

HEIDE

Wegen angeblichen Widerstandes und Körperverletzung während des Trauerzuges zu Ehren des Genossen Günter Routhier erhielt Genosse Peter Eisele aus Heide einen Strafbefehl über 1 500 DM.

DORTMUND

Am 5. 5. wurde Genosse Norbert B. wegen „Widerstand" und „versuchter Gefangenenbefreiung" zu 700 DM Geldstrafe, ersatzweise 20 Tage Haft verurteilt. Der Genosse hatte gegen einen Strafbefehl über 300 DM Einspruch erhoben. Genosse Norbert war im letzten Jahr bei einer Kundgebung zur Ermordung des Genossen Günter verhaftet worden. Obwohl zwei Zeugen aus der Bevölkerung bezeugen konnten, daß der Genosse nur laut die Bevölkerung über die Verhaftung eines anderen Genossen informiert hatte, glaubte das Gericht natürlich den 5 aufgebotenen Polizeizeugen. Diese konnten sich weder an die Zeit, noch die Kundgebung erinnern, dafür an die versuchte Gefangenenbefreiung um so besser. Der Staatsanwalt plädierte für eine Erhöhung der Strafe gegenüber dem Strafbefehl.

Der Zynismus der Polizei, ihre Brutalität stellte vor allem der als Zeuge geladene Einsatzleiter unter Beweis. Er erklärte, die Polizisten hätten den Auftrag gehabt, die Genossen bei den Diskussionen mit der Bevölkerung zu beobachten und dann, wenn sie mal gerade alleine stünden, zu verhaften, damit es keinen Auflauf gäbe. Er sagte dann weiter, daß eine Genossin, die damals schwanger war, laut gegen die Polizei agitiert habe. Er stellte das so dar, daß die Genossin nur schwanger ausgesehen hätte, daß man aber bei Leuten von der KPD/ML nie sicher sein könne, ob sie in solch einem Fall auch tatsächlich schwanger seien. Auf gut deutsch: Auf kommunistische Frauen, die schwanger sind, kann man ruhig losprügeln, es besteht ja der „begründete Verdacht", daß alles nur Attrappe ist. Bei der Urteilsverkündung verließen die Genossen unter dem Rufen von Parolen gegen die bürgerliche Klassenjustiz den Saal. Dafür erhielt der angeklagte Genosse noch einmal eine Ordnungsstrafe von 175 DM.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Parteienprivileg bestätigt

Genossin Karin Wagner freigesprochen!



Am 6. Mai fand vor dem Dortmunder Amtsgericht der Prozeß gegen Genossin Karin Wagner statt. Genossin Karin war von der bürgerlichen Klassenjustiz angeklagt, weil sie für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich war, in dem der Mord an Holger Meins, in dem die Isolationsfolter an Revolutionären in westdeutschen Gefängnissen entlarvt und zum Kampf dagegen aufgerufen wurde. Außerdem hatte der Staatsanwalt sie angeklagt wegen „Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland" usw., weil in dem Flugblatt von Kapitalistenklasse, westdeutscher Imperialismus, Ausbeuterordnung, kapitalistischem Staatsapparat usw. die Rede war. Für Staatsanwalt Greiser handelte es sich hier, wie er in seinem Plädoyer sagte, um den „Triumph verbaler Raserei".

Zu Beginn der Verhandlung ergriff Genossin Karin Wagner das Wort und zeigte auf, daß diese Anklage ein Versuch ist, die kommunistische Agitation und Propaganda der Partei zu verbieten, daß hier wissenschaftliche Begriffe des Marxismus-Leninismus und Auffassungen des Marxismus-Leninismus verboten werden sollen, die mit der Linie und mit dem Programm einer kommunistischen Partei untrennbar verbunden sind. Denn wenn die Feststellung verboten ist, daß es eine Kapitalistenklasse und eine Arbeiterklasse gibt, dann ist praktisch jegliche legale Propaganda einer kommunistischen Partei verboten.

Genossin Karin stellte klar, daß die Bourgeoisie mit dieser Anklage gegen ihre eigenen Gesetze verstößt. Denn nachdem die KPD/ML in Hamburg und in NRW an den Wahlen teilgenommen hat, ist sie auch nach bürgerlichem Gesetz eine politische Partei, der das Parteienprivileg zusteht. Das heißt, daß — solange die Partei nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten wird — sie nicht wegen ihrer programmatischen Aussagen verfolgt oder verurteilt werden darf.

Dem Beweisantrag der Genossin Karin, daß hier programmatische Aussagen der Partei angeklagt werden, gab der Richter statt. Damit war auch das Urteil praktisch bereits klar: es mußte einen Freispruch geben. In dem Plädoyer des Verteidigers ergriff Genossin Karin Wagner noch einmal das Wort und zeigte anhand von Beispielen, insbesondere an der Behandlung des Genossen Ulrich Luther im Gefängnis, daß Isolationsfolter an Revolutionären in westdeutschen Gefängnissen eine Tatsache ist, daß die Isolationsfolter eine wissenschaftlich ausgeklügelte Methode ist, um politische Gefangene psychisch und physisch zu erledigen.

Das Urteil des Richters lautete auf Freispruch. Er bestätigte, daß das Flugblatt sich mit dem Programm der Partei deckt und daher unter das Parteienprivileg fällt. In seiner Urteilsbegründung sagte er: Er teile die Auffassung von Frau Wagner, daß man auf der einen Seite zu feige sei, das Verbot der Partei auszusprechen, auf der anderen Seite aber mit der Nadelstichtaktik gegen die Propaganda der Partei und gegen die Partei selbst vorgehe — da mache er nicht mit.

Ein Richter offensichtlich, der sich zumindest an die bestehenden Gesetze der bürgerlichen Klassenjustiz hält. Dennoch darf dieses Urteil kein Grund sein, Illusionen über die bürgerliche Klassenjustiz zu haben. Auch in der Zeit vor dem Hitlerfaschismus hat es unter Hunderten Richtern einige gegeben, die sich gegen verschiedene Faschisierungsmaßnahmen gestellt haben. Sie wurden im weiteren Verlauf kaltgestellt, ihre Urteile in höheren Instanzen wieder verworfen. Nicht anders soll das auch im Prozeß gegen die Genossin Karin Wagner laufen: Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt und will eine Verurteilung im Berufungsverfahren erreichen.

Vor dem Prozeß gegen die RAF - Genossen

Infame Hetze gegen revolutionäre Gewalt

In Kürze wird der Prozeß gegen den sogenannten harten Kern der RAF, gegen Ulrike Meinhof, Jan-Karl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader in Stuttgart-Stammheim beginnen. Niemand, der auch nur ein wenig die Vorgänge und die Propaganda der Bourgeoisie um diesen Prozeß verfolgt hat, kann sich der Illusion hingeben, daß hier das Gericht „die Wahrheit finden" und „Recht sprechen" wird. Hier sollen vier Menschen verurteilt werden, die gewaltsam gegen die Bundesrepublik gekämpft haben. Hier soll exemplarisch die revolutionäre Gewalt verteufelt und alle Mittel des bürgerlichen Staates gegen sie — von der Folter bis zum Mord — vor der Bevölkerung „gerechtfertigt" werden.

Einer der zunächst 5 Angeklagten, Holger Meins, wurde während des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gegen die Isolationsfolter ermordet. Rechtsanwalt Haag, der ihn zuletzt lebend gesehen hatte, wurde jetzt vorübergehend festgenommen. Drei weitere Verteidiger in diesem Prozeß — die Anwälte Groenewold, Croissant und Stroebele — wurden von der Verteidigung ausgeschlossen. Ein Gesetz wurde vorbereitet, nach dem selbst die Angeklagten vom Prozeß ausgeschlossen werden können. Und wie vor dem ersten Komplex der RAF-Prozesse plötzlich der Spitzel Ruhland als Zeuge gegen die RAF-Gefangenen präsentiert wurde, so wurde diesmal Müller als Kronzeuge aufgebaut. Wofür er von der bürgerlichen Klassenjustiz vorgesehen ist, zeigte bereits sein erstes Interview im „Spiegel", in dem er Andreas Baader als Mörder an Ingeborg Barz hinstellte.

Und wer auch nach all diesen Vorbereitungen der Bourgeoisie für einen Schauprozeß gegen die revolutionäre Gewalt noch nicht davon überzeugt ist, daß das Urteil des Gerichts in diesem Prozeß längst feststeht, der sei daran erinnert, was Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung zur „inneren Sicherheit" im März sagte: „Für die Bekämpfung dieser Terroristen bleibt folglich nur der dritte Grundgedanke des Strafrechts wirksam, nämlich die Sicherung. Das heißt, wir müssen sie hinter Schloß und Riegel bringen."

Während gerade nach den erneuten politischen Morden an Hausner, der todkrank von Schweden nach Westdeutschland überführt wurde und damit sogar nach Aussagen eines schwedischen Arztes zum Tode verurteilt wurde, und an Werner Sauber, der in Köln von der Polizei erschossen wurde, die Empörung über das faschistische Vorgehen des bundesrepublikanischen Staates gegen politische Gegner wächst, versucht die Bourgeoisie verstärkt, gerade diese Tatsache, daß es hier um politische Fragen geht, zu vertuschen.

Nach wie vor behauptet die offizielle Propaganda: die politische Gesinnung in der Bundesrepublik wird nicht verfolgt; es gibt keine politischen Gefangenen. Nach wie vor wird versucht, die faschistische Verfolgung und Unterdrückung der RAF-Gefangenen als „Kampf gegen die Gewaltkriminalität" hinzustellen.

Das ist in Wirklichkeit eine Lüge. Die bürgerliche Klassenjustiz, die Kapitalistenklasse hat überhaupt nichts gegen „Gewaltkriminalität", vorausgesetzt, sie nützt ihren Interessen. So erklärte zum Beispiel das Frankfurter Schwurgericht in einem Prozeß, in dem unter anderem Polizeikommissar Kuhr angeklagt war, der an Exekutionen in Pinsk beteiligt war, wo russische Juden mit Peitschen in Gruben getrieben und dort getötet, wo Kranke in ihren Betten erschossen, wo gegen Frauen und Kinder, die sich versteckt hatten, Handgranaten eingesetzt wurden: „Keiner der Angeklagten ist kriminell und ohne das NS-Regime hätten sie niemals vor einem Schwurgericht gestanden. Sie handelten in Übereinstimmung mit ihrer Umwelt und nicht gegen sie, und nicht einmal aus Kreisen der Justiz regte sich Einspruch."

Deutlicher kann man es kaum sagen, was hier gespielt wird: wer für den Staat Gewalt anwendet, wer auf streikende Arbeiter und Demonstranten einprügelt, wer als Polizist mordet, gegen den regt sich aus „Kreisen der Justiz" kein Einspruch. Denn diese konterrevolutionäre Gewalt dient der „inneren Sicherheit" der Kapitalisten. Wer aber gegen den Staat Gewalt anwendet, der wird von Polizei und Justiz verfolgt.

Die Bourgeoisie tut so, als sei die Sicherheit ihrer Herrschaft vor allem und hauptsächlich durch einige wenige Anhänger des individuellen Terrors gefährdet. Das ist in Wirklichkeit natürlich nicht so. Jeder kann sich an seinen fünf Fingern abzählen, daß hundert oder 200 Leute, auch wenn sie bewaffnet sind, nicht einen imperialistischen Staat wie die Bundesrepublik zerschlagen können. Das kann nur die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer kommunistischen Partei. Das weiß natürlich auch die Bourgeoisie. Wenn sie trotzdem in ihrer Presse und im Fernsehen etwas anderes behauptet, dann deshalb, weil ihr die falsche kleinbürgerliche Politik der RAF, ihre Isoliertheit von den Massen, ihre Hetze gegen die revolutionäre Gewalt erleichtert, weil sie darauf spekuliert, auf diese Weise ihre Faschisierungsmaßnahmen mit möglichst geringem Widerstand durchsetzen zu können.

Aber wenn man die Propaganda der Bourgeoisie genau verfolgt, dann sieht man, worum es in Wirklichkeit geht. Bundeskanzler Schmidt sagte in seiner Regierungserklärung, es gehe um die Unterscheidung zwischen „zulässiger, vielleicht sogar notwendiger demokratischer Gesellschaftskritik auf der einen und destruktiver Gesellschaftsverneinung, Staatsverneinung auf der anderen Seite". „Gesellschaftsverneinung", Staatsverneinung" — das sind die Begründungen, die zeigen, daß die Bourgeoisie jedem droht, der zu dieser Ausbeutergesellschaft nicht ja sagt, der sich nicht zu diesem Kapitalistenstaat bekennt. Das aber sind die Begründungen, mit denen heute in Hunderten von Prozessen Kommunisten und Revolutionäre verurteilt werden. Es sind die Begründungen, in denen sich zeigt, daß es der Bourgeoisie vor allem um eins geht: ihren kapitalistischen Staat zu erhalten und zu verteidigen gegen die mit Sicherheit auf sie zukommende proletarische Revolution.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Aufruf des ZK der KP Brasiliens

Das ZK der Kommunistischen Partei Brasiliens hat vor kurzem das gesamte Volk, alle Demokraten und Patrioten des Landes aufgerufen, sich ungeachtet ihrer verschiedenen Überzeugungen im Kampf für die Freiheit und die nationalen Interessen zusammenzuschließen und eine breite Widerstandsfront gegen die faschistische Diktatur der Generäle und den Imperialismus, vor allem den US-Imperialismus, der die brasilianische Nation unterdrückt, zu errichten. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Brasilien geht auf eine Krise zu, die ohne Beispiel ist und sieht sich der Gefahr gegenüber, völlig von den mächtigen internationalen Trusts, vor allem den nordamerikanischen, unterjocht zu werden. Das ist das Ergebnis der Militärdiktatur, die vor nahezu elf Jahren errichtet worden ist. In keiner Epoche der Geschichte des Landes wurden die wirklichen Interessen der Gemeinschaft so brutal unterdrückt. Niemals war die autoritäre Staatsform so stark und niemals wurden so viele Verbrechen gegen die menschliche Person begangen. Alle, die die Freiheit lieben und die brasilianische Souveränität erhalten wollen, haben die Pflicht ihre Anstrengungen zu vereinigen, um dem Despotismus und der verbrecherischen Politik der Generäle einen machtvollen Widerstand entgegenzusetzen. Die Diktatur darf nicht fortfahren, ungestraft die Zukunft des Landes zu gefährden, indem sie das Volk erniedrigt und der Nation Schaden zufügt.

. . . Das brasilianische Volk erkennt das faschistische Militärregime nicht an. Es hat während dieser elf Jahre niemals aufgehört, zu kämpfen. Trotz der wilden Unterdrükkung hat es immer Mittel gefunden, zu protestieren und seinen Unwillen auszudrücken. 1968 ist es zu mächtigen demokratischen Demonstrationen auf die Straße gegangen. 1972 begann eine höhere Form des Kampfes: der bewaffnete Widerstand in Araguaia, den die Generäle zu vertuschen versucht haben und in barbarischer Weise ersticken wollen. Vor kurzem haben die Volksmassen die Wahlen vom 15. November in eine nationale Volksabstimmung verwandelt. Indem sie vom Recht der Stimmenthaltung Gebrauch machten, sagten drei Viertel der Wähler NEIN zum Despotismus.

. . . Im Kampf gegen die Diktatur muß man vorwärts und bis zum Ende gehen. Die Einführung wirklicher demokratischer Freiheiten ist eine allgemeine Forderung, ebenso wie die Errichtung des Rechtsstaates. Die Freiheit ist unerläßlich, um die Kräfte der Nation zu mobilisieren, damit den Schwierigkeiten Trotz geboten und der Fortschritt des Landes und das Wohlergehen des Volkes verwirklicht werden können. Für die Lösung der grundlegenden Probleme Brasiliens ist die Freiheit unerläßlich. Darüber hinaus ist die internationale Lage voll von Kriegsdrohungen durch den Imperialismus. Das kapitalistische System marschiert in eine große Krise, der Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffquellen verschärft sich. Die beiden waffenstarrenden Supermächte – die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion – versuchen, allen Völkern ihre Vorherrschaft aufzuzwingen und die Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, auf deren Schultern abzuwälzen. Es ist unbedingt notwendig, ein Diskussionsklima zu schaffen, das es den breiten Massen erlaubt, sich über die Verteidigung des Vaterlandes gegen die immer drohender werdenden Gefahren bewußt zu werden und sie zur Vereinigung mit den Ländern führt, die sich der Aggression, dem Imperialismus und dem Hegemonismus widersetzen.

Als gangbare politische Lösung für den Sturz der Diktatur steht die Einberufung einer frei gewählten Konstituierenden Versammlung, die Außerkraftsetzung aller Sonderverordnungen und -gesetze, die Generalamnestie auf der Tagesordnung. Diese grundlegenden Forderungen geben die Gefühle nahezu aller Brasilianer wieder."

Dies „wird niemals erreicht werden außer durch den Kampf und fordert die Verwirklichung einer machtvollen Kampagne im nationalen Maßstab. Diese Kampagne, die die tiefsten Hoffnungen ausdrückt, wird unwiderstehlich sein in dem Maße, wie sie die ungeheuren demokratischen und Volkskräfte mobilisiert, um den Widerstand der Despoten zu brechen, die sich an die Macht klammern, wie die Auster an den Felsen. Gleichzeitig gilt es, den Kampf gegen die ausländische Herrschaft, für die Verteidigung der nationalen Reichtümer und für bessere Lebensbedingungen des Volkes, fortzusetzen. Gegen die Zensur der Presse, des Theaters, des Fernsehens und der Volksmusik. Gegen die Eingriffe der Polizei in die Gewerkschaften, für die freie Betätigung der Studentenorganisationen, gegen den faschistischen Terror; für die Rechte der Bauernmassen. *Einheit im Kampf, Waffe des Sieges!*

Um diese großen Ziele zu erreichen, ist es notwendig, eine breite Widerstandsfront gegen die Diktatur zu errichten. Die Vertreter und Organisationen, die das Volk repräsentieren, müssen eine Einheit im Hinblick auf gemeinsame Aktionen suchen. Die Einheit im Kampf ist die Waffe für den Sieg.

Wenn die Mehrheit der Brasilianer sich vereinigt und in den verschiedenen Formen kämpft, in den Fabriken und Gewerkschaften, in den Schulen und studentischen Organisationen, in den Haziendas und den Dörfern, in den Städten und auf dem Land, im Theater, im Gefängnis, in den Kasernen, in den Wäldern von Araguaia und überall, wo das möglich ist, ist das Schicksal des militärfaschistischen Regimes endgültig besiegelt.

Die Kommunisten, die für eine revolutionäre Volksherrschaft kämpfen und immer für eine radikale Landreform und für die Vertreibung der Yankee-Unterdrücker kämpfen, sind in dieser Lage bereit, ohne von ihrem Programm abzurücken, ihre Anstrengungen mit den Anstrengungen aller Patrioten und Demokraten zu vereinigen, um der antinationalen und blutigen Diktatur ein Ende zu setzen."

Spendet für den Aufbau des befreiten Kambodscha und Vietnam

Spenden zur Unterstützung des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

In der Zeit vom 5. 11. 74 bis zum 14. 4. 75 sind auf das Konto des Parteivorstandes der KPD/ML insgesamt folgende Spenden für Kambodscha eingegangen:

H. B., Kassel, 5. 11., 10 DM – Th. Sch., Westberlin, 5. 11., 20 DM – D. H., Wuppertal, 7. 11.. 18 DM – D. W., Bremen, 7. 11., 100 DM – RM-Lesekreis Kiel-Friedrichsort, 7. 11., 36 DM – D. H., Bönen, 12. 11., 100 DM – W. K., Essen, 13. 11., 10 DM – KSB/ML Marburg, 18. 11., 36,10 DM – Arbeitertreff Hoesch, Dortmund, 25. 11., 46,90 DM – RG-Zelle Erding, 26. 11., 40 DM – F. M., Kiel, 28. 11., 100 DM – Ja., Böblingen, 2. 12.. 38,50 DM – G. M., Westberlin, 3. 12., 130 DM – Albanienveranstaltung Darmstadt, 6. 12.. 80 DM – Mo. u. S.. Westberlin, 11. 12., 30 DM – A. K., Westberlin, 17. 12., 43 DM – Hochzeitsfeier Köln, 18. 12., 101 DM – KSB/ML Tübingen, 20. 12., 19,43 DM – Kollegen von Daimler-Benz, Ulm, 2. 1. 75, 15 DM – C. B., Kiel, 9. 1., 51 DM – Diskussionsrunde der Partei, Marburg, 9. 1., 21,67 DM – OG-Marburg, 9. 1., 54,52 DM – KSB/ML-Sammlung, Marburg, 9. 1.. 22,47 DM – D. St., Kiel, 14. 1.. 68,95 DM – Arbeitertreff HH-Altona, 15. 1., 221 DM – Studententreff Dortmund, 17. 1., 17 DM – W. K., Essen, 22. 1., 10 DM – Veranstaltung zur Gründung der RG Singen, 23. 1., 106,25 DM – Arbeitertreff HH-Altona, 24. 1., 52,40 DM – Kambodscha-Veranstaltung, Düsseldorf, 24. 1., 250 DM – Mö.. Kiel, 31. 1.. 23 DM – E. N., Kiel, 31. 1., 25 DM – Pa.. Westberlin, 4. 2., 10 DM – M. F., Neumünster, 14. 1., 220 DM – Thälmann-Buchladen, Kiel, 14. 1., 131,52 DM – Su.. Göttingen, 14. 1., 4,50 DM – LV-Westberlin, 14. 1., 46,50 DM – Buchladen Roter Morgen, Westberlin, 14. 1., 35 DM RG-Jugendtreff, Hamburg-Langenhorn, 10. 2., 17,20 DM – Th. Sch.. Wattenscheid, 11. 2., 40 DM – Veranstaltung der RG, Hamburg, 12. 2., 150 DM – H. H., Gelsenkirchen, 13. 2.. 50 DM – RM-Lesekreis Ebingen, 18. 2. 35 DM – Sammlung Arbeitertreff Duisburg, 18. 2., 46 DM – OG-Kiel, 18. 2., 20 DM – R. Münster, 20. 2., 30 DM – Arbeitertreff HH-Altona, 21. 2., 107,63 DM – RM-Lesekreis Preetz, 21. 2., 43,13 DM – RM-Lesekreis, Rüsselsheim, 21. 2.. 85 DM – OG Hamburg, 14. 3., 4,50 DM – Veranstaltung Hannover, 2. 4.. 51,35 DM – RG-Jugendtreff, HH-Altona, 3. 4., 52,05 DM OG Bochum, 7. 4.. 340 DM – Buchladen Roter Morgen, Westberlin, 8. 4. 116 DM – Polterabend, Westberlin, 8. 4., 300 DM – Th. Sch., Westberlin, 8. 4., 400 DM – Neu-Isenburg, 9. 4., 35 DM – RM-Lesekreis, Mannheim, 9. 4., 50 DM – Sympathisanten des KSB/ML Gießen, 14. 4., 63 DM.

Insgesamt sind bis zum 14. 4. 75 DM 4 467,67 eingegangen. Wir danken allen Genossen und Freunden für ihre Spenden und bitten Euch, weiterhin für den Aufbau des befreiten Kambodscha zu spenden.

Sie fürchten die internationale Solidarität

Lügenkampagne der Imperialisten

Nach dem Sieg der Völker von Kambodscha und Vietnam im revolutionären Volkskrieg gegen die amerikanischen imperialistischen Aggressoren und ihre Lakaien, hat in der bürgerlichen Presse, in Rundfunk und Fernsehen eine gemeine Lügenkampagne begonnen. Die siegreichen Volksrevolutionen, in denen sich die Völker mit der Waffe in der Hand die Befreiung erkämpft haben und die Errichtung der Volksmacht sollen nun als Beginn einer blutigen Diktatur über das Volk hingestellt werden.

Schon wenige Stunden nach der Befreiung Phnom Penhs meldete sich eine Rundfunkstation des amerikanischen Geheimdienstes CIA, die unter dem Namen „Rote Khmer" die Lüge verbreitete, daß die Befreiungsstreitkräfte auf brutale Art und Weise die Bewohner der ganzen Stadt evakuieren würden und in der Stadt selbst eine Panik ausgebrochen sei. Seither ist diese Lügenmeldung in den verschiedensten Variationen in der Presse der gesamten kapitalistischen Welt verbreitet worden und wurde gerade in den letzten Tagen durch „authentische Augenzeugenberichte" der Ausländer, die sich in die französische Botschaft in Phnom Penh geflüchtet hatten, „ergänzt". Kranke und Verwundete sollen aus den Hospitälern der Stadt verjagt worden sein, über Massenerschießungen wird berichtet und ein französischer Arzt hat „mit eigenen Augen" auf dem Zentralmarkt von Phnom Penh die Leichen von dreihundert Kambodschanern mit durchschnittenen Kehlen „gesehen".

Die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha hat mehrmals erklärt, daß alle diese Berichte „feige Verleumdungen" des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes sind, reine Erfindungen der amerikanischen Imperialisten und ihres Geheimdienstes CIA. Das gleiche trifft zu für die Berichte über die angeblichen Leiden und Entbehrungen der Ausländer, die sich nach der Befreiung Phnom Penhs in die französische Botschaft geflüchtet hatten. Diese Leute, die als Diplomaten bei der Verräterclique Lon Nols akkreditiert waren, als Ärzte und „zivile Berater" in Diensten dieses Regimes gestanden haben, als Journalisten jedes Verbrechen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien vertuscht, unterstützt und beschönigt haben, hätten genug Zeit gehabt, vor der Befreiung Phnom Penhs in ihre Heimat zurückzukehren und die GRUNK hat mehrmals entsprechende Aufforderungen an sie gerichtet. Sie sind geblieben und haben darüber hinaus noch versucht, einer Reihe von Verrätern ihren Schutz zu bieten und ihre Bestrafung zu verhindern, indem sie auf ihre angeblichen diplomatischen Vorrechte und Immunitäten pochten. Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit und völlig zu Recht hat die GRUNK erklärt, daß sie niemals Privilegien, die von der verräterischen Clique Lon Nols gewährt wurden, anerkennt. Diese „Augenzeugen" sprechen für sich. **Die Tatsache, daß sich unter ihnen auch sowjetische Diplomaten befinden, zeigt deutlich den schändlichen Verrat und die Sabotage der sowjetischen Sozialimperialisten am Befreiungskampf der Völker Indochinas, aber auch das schmähliche Scheitern ihrer Versuche, als „Freund" getarnt, die eben erkämpfte Freiheit und Unabhängigkeit der Völker wieder zunichte zu machen und sie unter ihr Joch zu zwingen.** Die Demagogie und die Propaganda, die sie und ihre revisionistischen Sprachrohre jetzt entfalten, ist nicht weniger verlogen und zynisch, als die der amerikanischen Imperialisten und ihrer Werkzeuge. Sie bemühen sich nach Kräften, den Sieg der Völker Indochinas im Volkskrieg als Ergebnis ihrer „Hilfe" und der „internationalen Entspannung" hinzustellen und gehen soweit, den Sieg des kambodschanischen Volkes als „Ende eines 5 Jahre dauernden brudermörderischen Krieges" hinzustellen. Wer Lon Nol und seinesgleichen als „Bruder" bezeichnet, ist ein Feind des kambodschanischen Volkes.

So haßerfüllt reden sie über den Befreiungskampf der Völker und haben dabei das Ziel vor Augen, vor der Arbeiterklasse der kapitalistischen und revisionistischen Länder und den Völkern der Welt, das glänzende Beispiel der durch den langandauernden revolutionären Volkskrieg errungenen Siege zu verdunkeln und die Unterstützung und die Sympathie der Völker aller Länder für die Völker Indochinas, ihre wachsende Einheit im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus zu unterminieren.

Diese Komplotte werden jedoch ebenso scheitern, wie der Versuch der USA-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten durch ihre Demagogie und Propaganda den Boden für neue Aggressionen und Einmischungen zu bereiten und die Einheit der beiden Völker zu spalten und zu untergraben.

Feierlich hat der außerordentliche Nationale Kongreß Kambodschas erklärt, daß das kambodschanische Volk es niemandem erlauben wird, sich, sei es militärisch, politisch, kulturell oder unter dem Deckmantel des „Humanismus" in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Die Völker von Vietnam und Kambodscha werden ihre revolutionäre Wachsamkeit erhöhen. Sie werden, „die Waffe in der einen Hand, um das Vaterland zu verteidigen, Hacke, Axt und Zange in der anderen", um das Vaterland aufzubauen, die Errungenschaften der Revolution verteidigen und alle Angriffe zunichte machen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr

32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Sozialfaschistischer Terror der Honneckerclique

16 Genossen der GRF in Ostberlin verhaftet

Am 9. Mai wurden in Ostberlin am Ehrenmal für die Gefallenen der Roten Armee im antifaschistischen Krieg 16 von 30 Genossen der Gruppe Rote Fahne, die aus Westberlin gekommen waren, vom Staatssicherheitsdienst des sozialfaschistischen DDR-Regimes verhaftet. Die GRF hatte auf einer Kundgebung am Ehrenmal Transparente gegen den sowjetischen Sozialimperialismus entrollt und in einer Rede aufgezeigt, daß die Sowjetunion unter Chruschtschow und Breschnew den antifaschistischen Kampf verraten und selbst zu einer gefährlichen imperialistischen Supermacht nach der Art Hitlers geworden ist.

Bei Redaktionsschluß war über die Freilassung der 16 Genossen noch nichts bekannt. Wir fordern die sofortige Freilassung aller 16 Verhafteten!

Das Vorgehen des DDR-Regimes, seinen Staatssicherheitsdienst gegen Revolutionäre zu hetzen, die eine Gedenkfeier zum 8. Mai durchführen, zeigt deutlich das wahre sozialfaschistische Gesicht dieses Regimes, das sich „sozialistisch" nennt. Sicherlich, auch in Westdeutschland wird die revolutionäre Propaganda verfolgt, werden Revolutionäre verurteilt und in Gefängnisse geworfen. Dennoch ist es gegenwärtig noch möglich, Kundgebungen und Demonstrationen meistens legal durchzuführen, auf denen der Kampf für die proletarische Revolution, sowie der Kampf gegen die beiden Supermächte propagiert wird. **Anders in Ostberlin, in der DDR. Dort stehen die Hurra-Rufe für die aggressive sowjetische Besatzermacht auf der Tagesordnung. Und wer da nicht mitruft, ist bereits als „Staatsfeind" verdächtig. Wehe aber dem, der offen gegen den modernen Revisionismus der sowjetischen Sozialimperialisten und der Honnecker-Clique auftritt – der wird nach faschistischer Manier gewaltsam durch den Staatssicherheitsdienst unterdrückt. Sozialismus in Worten, Faschismus in der Tat – das ist es, was den Charakter des DDR-Regimes heute prägt. Das hat auch das Vorgehen gegen die Genossen der GRF klar gezeigt.**

Ein Wort aber auch zu der Aktion der GRF, zumal die GRF vorher in Westberlin eine gemeinsame Aktion mit der Partei in Treptow vorgeschlagen hatte. Wir sind der Meinung, daß es unbedingt richtig ist, den Kampf der Werktätigen in der DDR zum Sturz des Honnecker-Regimes und zur Verjagung der russischen Besatzer mit allen Kräften zu unterstützen. Dennoch hat sich die KPD/ML nicht an dieser Aktion der GRF beteiligt. Vor allem scheiterte eine gemeinsame Aktion daran, daß die GRF darauf bestand, die Aktion in Treptow vorher in Westberlin groß anzukündigen. **Unsere Partei dagegen vertrat den richtigen Standpunkt, daß unter den Bedingungen eines sozialfaschistischen Regimes die vorherige Ankündigung einer revolutionären Kundgebung heißt, sich dem Feind unbedingt auszuliefern und die beteiligten Genossen und Sympathisanten zu „verheizen". Ein solches Vorgehen ist zugleich getragen von Illusionen, von einer Unterschätzung des sozialfaschistischen Honnecker-Regimes. Die GRF-Führer aber wiesen unseren Standpunkt als „Konspirationstick" zurück.**

Doch die Richtigkeit unseres Standpunktes **hat sich bestätigt.** Von den 250 GRF-Genossen, die zu der Kundgebung – zudem noch über denselben Grenzübergang – gehen wollten, wurden allein an der Grenze 200 gleich wieder zurückgeschickt. Die restlichen ca. 30 Genossen, die zum Ehrenmal in Treptow kamen, waren noch vor der Kundgebung von Spitzeln umstellt, so daß viele von ihnen nach der Kundgebung verhaftet werden konnten.

Zum anderen meinen wir, daß eine solche Aktion, die offensichtlich von einer Art Abenteurertum getragen ist, wie damals die Wallraff-Aktion in Athen, wenig dazu beiträgt, den Kampf der Werktätigen in der DDR zu unterstützen, sondern eher ein spektakuläres Objekt für bürgerliche Presse- und Fernsehkommentatoren darstellt. Denn was nützt es dem Kampf der Werktätigen in der DDR, wenn eine kleine Gruppe – abseits von den Massen, Auge in Auge mit dem Feind steht und verhaftet wird?

Es ist unsere Verpflichtung als Kommunisten in Westdeutschland, den Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR zu unterstützen, den revolutionären Kräften in der DDR nach Kräften zu helfen. Aber das heißt gegenwärtig vor allem, dort engen Kontakt zu den Massen und ihren fortschrittlichsten Kräften herzustellen, heißt gegenwärtig vor allem auch Propagandamaterial der marxistisch-leninistischen Weltbewegung – auf welchen Wegen auch immer – in die DDR zu schaffen.

Was sich in Treptow im Vorgehen der GRF-Führer zeigte, ist der durchgehende opportunistische Fehler dieser Spalterorganisation: sich als die „Massenpartei von Millionen" aufzuspielen, indem man spektakuläre Aktionen anstelle der Massen durchführt, statt die fortschrittlichsten Kräfte der Massen geduldig zur unbesiegbaren Avantgarde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zusammenzuschmieden. **Trotzdem gilt den von dem sowjetischen Besatzerregime in der DDR verhafteten Genossen der GRF unsere volle Solidarität und wir werden unbedingt für ihre Freilassung kämpfen.**

SOFORTIGE FREILASSUNG DER 16 VERHAFTETEN GENOSSEN!

NIEDER MIT DER SOZIALFASCHISTISCHEN HONNECKER-CLIQUE!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Angriff der Sozialimperialisten auf das vietnamesische Volk

Die Lakaien der sowjetischen Sozialimperialisten in Ostberlin haben kürzlich erneut bewiesen, wie verlogen ihre Freundschaftsbeteuerungen gegenüber dem vietnamesischen Volk sind. Am 9. Mai wollte ein Vertreter der Partei nach Ostberlin fahren, um in der dortigen Botschaft der Demokratischen Republik Vietnam eine Grußbotschaft des ZK der KPD/ML zur endgültigen Befreiung Vietnams zu übergeben und eine Spende der Partei von 6 000 DM anzukündigen. Die „Volks"polizei und der Staatssicherheitsdienst der Honnecker-Clique hat das mit Gewalt verhindert!

Als der Vertreter der KPD/ML die Grenze an der Friedrichsstraße passieren wollte, passierte folgendes: Zunächst wurde sein Reisepaß „aussortiert". Nach zwei Stunden Wartezeit wurde der Genosse dann festgenommen und in eine Zelle gesteckt. Zunächst nur Routine-Überprüfung, dann Verhör. Schließlich entdeckten die StaSi-Spitzel bei der Leibesvisitation des Genossen drei Parteiabzeichen mit Hammer, Sichel und Gewehr, die für die vietnamesischen Genossen bestimmt waren. Kaum hatten sie die Abzeichen gesehen, entfalteten diese Honnecker-Polizisten eine fieberhafte Aktivität. Noch mehr VoPo-Offiziere kamen in die Zelle, dann ein höherer Scherge vom StaSi in Zivil.

Bei der weiteren Untersuchung der Kleidung des Genossen fanden sie schließlich den verschlossenen Umschlag mit der Grußadresse der KPD/ML. Trotz der Proteste des Genossen und obwohl der Brief an die Botschaft der DRV addressiert war (!), erbrachen die StaSi-Agenten den Brief! Als sie darin außer der Grußbotschaft auch eine Vollmacht fanden, in der der Überbringer als Genosse der KPD/ML bestätigt wurde, und in der auch stand, daß der Genosse vom ZK beauftragt sei, über den Kampf der KPD/ML für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes zu berichten, gerieten die Herren erst recht in Aufregung. Sie verschwanden, um sich neue Anweisungen zu holen. Diese Zeit reichte, damit der Genosse einen Teil der Vollmacht vernichten konnte. Als abermals – diesmal offenbar noch höhere Offiziere – in die Zelle kamen und vergeblich nach dem Schreiben suchten, wurden sie sehr wütend, brüllten und fluchten herum.

Als der Genosse der Partei nochmal protestierte und darauf hinwies, daß man in der Botschaft auf ihn wartete, ließen die StaSi-Typen ihn endlich frei. Doch die Aufforderung, ihn zur Botschaft der DRV zu lassen, um die Grußbotschaft zu überbringen, quittierten sie nur mit einem zynischen Grinsen: „Regen Sie sich nicht auf, wir lassen Sie ja gehen – nach Westen."

Einige Menschen draußen am Grenzübergang, denen der Genosse von dem Vorfall erzählte, waren sehr empört, als sie von diesem Vorgang hörten. Sie selbst, auch ältere und kranke, hatten dort schon bis zu vier Stunden in überfüllten und stickigen Kellern warten müssen, um nach Ostberlin einreisen zu dürfen. Sie waren sich mit dem Genossen der KPD/ML einig: Dort, in Ostberlin, herrschen nicht die Arbeiter und Bauern, sondern Sozialfaschisten, Lakaien der neuen Zaren im Moskauer Kreml.

Das unverfrorene Vorgehen der Honnecker-Gestapo vom StaSi stellt eine unerhörte Provokation der Herren in Ostberlin und ihrer Vorgesetzten in Moskau gegen das vietnamesische Volk und zugleich gegen das deutsche Volk dar, dessen kämpferische Solidarität mit den Völkern Indochinas und deren siegreichem revolutionären Volkskrieg sie allerdings auch mit solchen Machenschaften nicht unterdrücken oder vertuschen können. Dieser Angriff auf die DRV wird dazu beitragen, daß den Revisionisten der „S"ED bald niemand mehr ihre verlogenen Freundschaftsbeteuerungen mit dem Kampf der Völker glauben wird.

Grossveranstaltung in Westberlin

30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Am 8. Mai fand in Westberlin eine Großveranstaltung der Partei zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus statt. Diese kämpferische Veranstaltung war vor allem geprägt vom Kampf der KPD/ML gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und die modernen Revisionisten von „S"ED bis D„K"P/„S"EW, die zum 8. Mai einen riesigen, verlogenen Rummel veranstalteten, um zu verbergen, daß es die neuen Machthaber im Moskauer Kreml sind, die heute das Erbe des Hitlerfaschismus angetreten haben.

Zu Beginn der Veranstaltung trugen Genossen des Westberliner AP-Trupps „Roter Morgen" revolutionäre Lieder vor und zitierten die unvergessenen Worte Stalins, des treuen Freundes des deutschen Volkes und der deutschen Nation: **„Es wäre . . . lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."**

Im Anschluß daran sprach ein Beauftragter des ZK der KPD/ML. Als er zu Beginn seiner Rede der zahllosen Patrioten, Antifaschisten und Kommunisten gedachte, der heldenhaften Söhne und Töchter des ruhmreichen sozialistischen Sowjetvolkes, des chinesischen, des albanischen und aller anderen Völker der Welt, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ihr Leben lassen mußten, erhoben sich die rund 400 Teilnehmer der Veranstaltung zu einer Gedenkminute von den Plätzen. Die feierlichen Klänge des Trauermarsches „Unsterbliche Opfer" erklangen. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies der Genosse die demagogischen Phrasen der sowjetischen Sozialimperialisten zurück, die mit dem unsterblichen Ruhm der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins, dem Ruhm vor allem der Roten Armee spekulieren, um hinter einer Nebelwand von verlogenen Beteuerungen ihre Kriegsvorbereitungen für den Kampf um die Weltherrschaft zu verstärken. Diese Neuen Zaren im Kreml, die sich in ihren Kampagnen zum 8. Mai als „größte antifaschistische Kraft" herausputzen, haben die Sowjetunion in ein faschistisches Völkergefängnis verwandelt und die Wirtschaft, das ganze gesellschaftliche Leben vollständig militarisiert. Jeder Rubel, den sie aus unseren Klassenbrüdern in der Sowjetunion, in Polen, der CSSR oder der DDR herauspressen, dient der Vorbereitung eines kommenden 3. Weltkrieges.

Als der Genosse das revolutionäre Programm der Partei für den Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte noch einmal zusammenfaßte und die Entschlossenheit der Partei unterstrich, alle Kräfte des Volkes zusammenzufassen und zu mobilisieren und im Falle einer Aggression der Sozialimperialisten im antifaschistischen Befreiungskrieg ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu erkämpfen, wurde er mehrmals von begeisterten Sprechchören der Versammlung unterbrochen.

Bei der anschließenden Spendensammlung für die KPD/ML wurden mehr als 1 300 DM gesammelt! Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde diese Kampfveranstaltung beendet, die die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft vieler Freunde, Kollegen und Genossen gestärkt hat.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

ROTER MORGEN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr. Tel.: 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 [illegible] Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 3[illegible] Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel. 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel. 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 6, Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

OBERHAUSEN
Bezirksveranstaltung zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. 22. Mai, 19 Uhr, Gaststätte „Neue Heid", Mellinghofer Str. / Königsberger Str.

VERANSTALTUNG DER ROTEN GARDE



PEINE
„Sieg im Volkskrieg! Vietnam ist befreit!" 10. Juni, 19 Uhr, Gaststätte „Ilseklause", Braunschweiger Str.

NEUERSCHEINUNG

Ausgewählte Sendungen von Radio Tirana

ab sofort 14tägig
Soeben erschienen Nr. 1/1975
Preis pro Einzelheft DM 2,--

Bestellungen an:
Rotfront-Verlag
23 Kiel 1, Postfach 3746
Tel.: 0431 / 20 44 87
Konto: Rotfront-Verlag, Kieler Spar- und Leihkasse 850 060

Das Abonnement kostet für 1/4 Jahr DM 12,--